



HESSEN



Bericht aus Brüssel

17/2020 vom 18.09.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	5
Außen- und Verteidigungspolitik.....	8
Europäisches Parlament.....	9
Ausschuss der Regionen.....	12
Wirtschaft.....	12
Verkehr.....	15
Energie.....	16
Digital.....	16
Forschung.....	17
Finanzdienstleistungen.....	18
Finanzen.....	18
Soziales.....	20
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	21
Umwelt.....	22
Landwirtschaft.....	24
Justiz.....	26
Inneres.....	27
Bildung und Kultur.....	29
Information, Kommunikation und Medien.....	30
EU-Förderprogramme.....	31
Veranstaltungen.....	32
Vorschau.....	35

Kommission; Rede zur Lage der Union 2020

Am 16.09.2020 hat Ursula von der Leyen, Präsidentin der Kommission, ihre Rede mit dem Titel „Die Welt von morgen schaffen: Eine vitale Union in einer fragilen Welt“ im EP gehalten. Jedes Jahr im September hält die Präsidentin bzw. der Präsident der Kommission vor dem EP eine Rede zur Lage der Union. Hierin werden die Erfolge des abgelaufenen Jahres bilanziert und die Prioritäten für das kommende Jahr dargelegt. Ferner wird darin erläutert, wie die Kommission die dringendsten Themen angehen will, und wie die Zukunft der EU aussehen soll. Zunächst ging von der Leyen in ihrer Rede auf die Corona-Pandemie ein und hob dann die Bedeutsamkeit des Aufbaus einer stärkeren europäischen Gesundheitsunion mit einem zukunftssicheren und angemessen finanzierten EU4Health-Programm, einer verstärkten Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und einem gestärkten Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hervor. Ebenso soll laut von der Leyen eine europäische BARDA - Agentur für biomedizinische Spitzenforschung und -entwicklung aufgebaut werden. Weiterhin geplant ist, die Vorlage eines Rechtsrahmens für die Festlegung von Mindestlöhnen, die Ergreifung von Maßnahmen, um den Binnenmarkt anzukurbeln, die Stärkung Wirtschafts- und Sozialunion, den Schengen-Raum wieder voll funktionsfähig zu machen, die Industriestrategie der EU zu aktualisieren und ihren Wettbewerbsrahmen anzupassen. Beim Thema Klimawandel erklärte von der Leyen, dass das Ziel der Emissionsreduzierung für 2030 von 40% auf mindestens 55% erhöht werden soll. Außerdem betonte sie, Europa solle jetzt bei der Digitalisierung eine Vorreiterrolle übernehmen und sie forderte einen gemeinsamen Plan für das digitale Europa mit klar definierten Zielen für das Jahr 2030. Beim Thema Außenpolitik forderte sie die Mitgliedstaaten auf, die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit in den Außenbeziehungen "zumindest bei der Umsetzung von Menschenrechten und Sanktionen" zu übernehmen. Sie hob in ihrer Rede ebenfalls hervor, die EU-Mittel sollen unter Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit ausgegeben werden. Von der Leyen erwähnte, dass am 23.09.2020 die Vorlage des neuen Paktes zur Migration von der Kommission erfolgen soll. Zum Schluss erläuterte sie noch das Vorhaben eines Europäischen Aktionsplans gegen Rassismus und die Ernennung eines Anti-Rassismus-Koordinators.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_20_1655

Kommission; Brexit; 8. Verhandlungsrunde künftige Partnerschaft EU-GBR

Vom 07.-10.09.2020 hat die 8. Runde der Verhandlungen über eine künftige Partnerschaft zwischen der EU und GBR stattgefunden. Der Chefverhandler der EU, Michel Barnier, äußerte über die Verhandlungsrunde, dass sie abermals ohne Fortschritte endete. Er erklärte erneut, die EU setze sich weiterhin für eine ehrgeizige künftige Partnerschaft mit dem GBR ein. Barnier betonte, um die Chancen auf eine Einigung zu maximieren, habe die EU Flexibilität gezeigt, um den roten Linien von GBR Rechnung zu tragen und Lösungen zu finden, bei denen die Souveränität von GBR uneingeschränkt geachtet wird, insbesondere im Hinblick auf die Rolle der künftigen Gerichtsbarkeit, die künftige Gesetzgebungsautonomie von GBR und die Fischerei. GBR habe jedoch im Gegenzug kein vergleichbares Engagement im Bereich grundlegender Prinzipien und Interessen der EU gezeigt. In Bereichen, die für die EU von wesentlichem Interesse sind, bestünden nach wie vor erhebliche Differenzen. GBR lehne es ab, unerlässliche Garantien für einen fairen Wettbewerb in unser künftiges Abkommen aufzunehmen, fordere gleichzeitig aber freien Zugang zum EU-Markt. Ebenso würden nach wie vor wichtige Garantien dafür fehlen, dass es bei Sozial-, Umwelt-, Arbeits- und Klimastandards nicht zu Rückschritten kommen werde.

Darüber hinaus sei GBR der EU im Bereich anderer wichtiger Fragen, wie glaubwürdige horizontale Streitbeilegungsmechanismen, wesentliche Garantien für die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Strafverfolgung, Fischerei sowie Vorschriften über gleiche Wettbewerbsbedingungen in den Bereichen Verkehr und Energie nicht ausreichend entgegengekommen. Zum ersten Mal äußerte die EU-Seite in einem Statement nach erfolgter Verhandlungsrunde, dass die EU ihre Arbeit intensiviere, um am 01.01.2021 auf „alle Szenarien“ vorbereitet zu sein. Die nächste Verhandlungsrunde ist für die Woche ab dem 28.09.2020 geplant.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_1612

EuGH: Urteil zu den restriktiven Maßnahmen gegen Russland

Am 17.09.2020 hat der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-732/18 P PAO Rosneft Oil Company u.a. / Rat gesprochen. Der EuGH bestätigte das Urteil der früheren Instanz. Als Reaktion auf die Handlungen Russlands zur Destabilisierung der Lage in der Ukraine hatte der Rat am 31.07.2014 mit einem Beschluss und einer Verordnung Sanktionen erlassen, mit denen verschiedene Geldtransaktionen, die Ausfuhr bestimmter sensibler Güter und Technologien sowie der Zugang bestimmter russischer Organisationen zu den Kapitalmärkten beschränkt wurden. Auch wurde die Erbringung von Dienstleistungen für bestimmte Erdölgeschäfte verboten. Ziel der Maßnahmen war es, die Kosten für die Souveränität der Ukraine untergrabenden Handlungen Russlands zu erhöhen und auf eine friedliche Beilegung der Krise hinzuarbeiten. Mehrere russische Gesellschaften, zu denen die auf die Sektoren Erdöl und Erdgas spezialisierte Rosneft-Gruppe gehört, erhoben beim EuGH eine Klage auf Nichtigerklärung dieser Sanktionen. Mit Urteil vom 13.09.2018 wies das Gericht diese Klage ab. Daraufhin haben diese Gesellschaften beim EuGH ein Rechtsmittel gegen das Urteil eingelegt. Der EuGH bestätigte nun das Urteil der früheren Instanz und wies das Rechtsmittel in vollem Umfang zurück. Die Maßnahmen seien ordnungsgemäß begründet und geeignet, auf Russland wegen seiner Rolle in dieser Krise Druck auszuüben

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=0F62FFE06A999DB9114D1F0B21726F7F?text=&docid=231202&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2514489>

Kommission; Vorschläge für Nachfolge des zurückgetretenen Handelskommissars Phil Hogan

Am 08.09.2020 gab Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekannt, wen die Kommission für die Nachfolge des zurückgetretenen für Handel zuständigen Kommissars Phil Hogan dem EP und Rat vorschlagen wird. Dabei handelt es sich um den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Valdis Dombrovskis für den Posten des Handelskommissars sowie die Vizepräsidentin des EP Mairead McGuinness aus IRL als Kommissarin für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und Kapitalmarktunion. Dombrovskis hatte das Dossier der EU-Handelspolitik „ad Interim“ nach Hogans Rücktritt übernommen. Zugleich soll er neben Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni nach wie vor ein Vertreter der Kommission in der EUR-Gruppe bleiben. Hogan hatte zuletzt immer stärker unter Druck gestanden und zunehmend Kritik auf sich gezogen, nachdem er durch die Teilnahme an einem Abendessen einer Golfgesellschaft gegen in IRL geltende Regelungen der COVID-19-Pandemie verstoßen hatte und schließlich am Abend des 26.08.2020 seinen Rücktritt erklärt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200908-mcguinness-finanzkommissarin_de

Kommission; Hilfe für Peru, Lateinamerika und die Karibik

Die Kommission gab am 11.09.2020 die Lieferung von mehr als vier Tonnen lebensrettenden Materials im Rahmen einer humanitären Luftbrücke nach Peru bekannt. Die Güter dienen der Unterstützung vor Ort tätiger Organisationen. Darüber hinaus würden zur Unterstützung der am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen in Lateinamerika und der Karibik humanitäre Hilfen in Höhe von 30,5 Mio. EUR bereitgestellt. Davon sollen 15,5 Mio. EUR für die Katastrophenvorsorge in gefährdeten lokalen Gemeinschaften zur Verfügung stehen. Mit den übrigen 15 Mio. EUR sollen humanitäre Projekte unterstützt werden. Das Coronavirus habe große Teile Südamerikas getroffen, die bereits zuvor mit erheblichen Problemen wie mangelndem Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, prekären Lebensgrundlagen und schlechten hygienischen Bedingungen zu kämpfen gehabt hätten, erklärte die Kommission

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1590

Kommission; Vestager; Deutsches Konjunkturprogramm als Chance für Europa

Am 08.09.2020 äußerte sich Exekutiv-Vizepräsidentin Margrethe Vestager in einem Interview mit dem Handelsblatt über den Ablauf der Prüfungen von Corona-Hilfen durch die EU-Wettbewerbsaufsicht. Insgesamt wurden bereits 280 Entscheidungen über Hilfen bezüglich der COVID-19-Pandemie getroffen – mit einem Gesamtvolumen von knapp 2,9 Bio. EUR. Deutschland stehe mit Blick auf den Gesamtbetrag der staatlichen Subventionen für rund die Hälfte der Summe. Die Bearbeitungsdauer von Anmeldung bis zur Genehmigung eines Beihilfeprogrammes liege derzeit im Durchschnitt bei 13 Tagen. In Bezug auf die deutschen Maßnahmen sehe Vestager keine signifikanten Herausforderungen. Bisher wurden 15 unterschiedliche Programme der Bundesregierung freigegeben. Viele deutsche Programme seien allerdings noch nicht zur Prüfung bei der Kommission angemeldet worden. Vestager sieht im deutschen Konjunkturprogramm eine Chance für Europa: wenn ein deutsches Unternehmen Hilfe erhalte, profitierten auch anderswo Lieferanten. Das könne Deutschland in Zukunft zur „Lokomotive Europas“ werden lassen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200908-vestager-konjunkturprogramm_de

EuRH: Aufbau- und Resilienzfazilität mit EU-Zielen verknüpfen

Am 09.09.2020 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof einen Bericht zu dem am 27.05.2020 von der Kommission vorgeschlagenen Instrument „Next Generation EU“ (NGEU). Im Rahmen von NGEU werde die Aufbau- und Resilienzfazilität mit einer Ausstattung von mehr als 600 Milliarden Euro, die in Form von Finanzhilfen und Darlehen vergeben werden können, die größte Rolle spielen. Die Fazilität soll umfangreiche finanzielle Unterstützung für öffentliche Investitionen und Reformen in den Bereichen Kohäsion, Nachhaltigkeit und Digitalisierung bieten. Die Empfängermitgliedstaaten müssen Aufbau- und Resilienzpläne aufstellen. Die Prüferinnen und Prüfer des EuRH sind der Auffassung, dass die Verknüpfung der Fazilität mit EU-Zielen wie sozioökonomische Konvergenz, Europäischer Grüner Deal und digitaler Wandel beispielsweise durch verbindliche gemeinsame Indikatoren gestärkt werden könnte.

https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/inop20_06/inop20_06_de.pdf

Kommission; Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum 2021 - strategische Leitlinien für die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität

Am 17.09.2020 veröffentlichte die Kommission ihre jährliche Strategie für das nachhaltige Wachstum 2021, in deren Rahmen auch die strategischen Leitlinien für

die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität festgelegt wird. Die Fazilität ist das entscheidende Aufbauinstrument im Zentrum von NextGenerationEU, das der EU dabei helfen wird, stärker und widerstandsfähiger aus der derzeitigen Krise hervorzugehen. Über die Fazilität werden in den ersten Jahren der Erholung als vorgezogene finanzielle Unterstützung Darlehen und Finanzhilfen in Gesamthöhe von 672,5 Mrd. EUR bereitgestellt. Damit die Aufbau- und Resilienzfazilität in Anspruch genommen werden kann, sollen die Mitgliedstaaten Entwürfe für Aufbau- und Resilienzpläne vorlegen, in denen die nationalen Investitions- und Reformprogramme im Einklang mit den Kriterien der EU dargelegt werden.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/annual_sustainable_growth_strategy_de.pdf

Kommission; grenzüberschreitende Anwendung von Corona-Warn-Apps

Die Kommission hat am 14.09.2020 bekannt gegeben, dass sechs Mitgliedstaaten (DEU, CZR, DNK, IRL, ITL und LET) die grenzüberschreitende Anwendung ihrer nationalen Corona-Warn-Apps testen. Die Tests finden zwischen den Back-End-Servern der Apps der teilnehmenden Mitgliedstaaten und einem neu eingerichteten Gateway-Server statt. Voraussichtlich im Oktober sollen die Tests abgeschlossen sein und der Regelbetrieb aufgenommen werden. Die sechs Mitgliedstaaten hatten sich im Juni auf technische Spezifikationen der Apps geeinigt, um die Interoperabilität sicherzustellen. Nach Angaben der Kommission erfasst der von ihr daraufhin entwickelte Datenabgleichdienst zur Herstellung der Interoperabilität fast alle Apps zur Kontaktnachverfolgung, die es in der EU bislang gibt. Dabei werden willkürlich ausgewählte Kennungen zwischen den nationalen Apps empfangen und weitergeleitet, um die ausgetauschte Datenmenge möglichst gering zu halten. Außer den von den nationalen Apps generierten zufälligen Kennungen werden, so die Kommission, keine weiteren Informationen verarbeitet. Der Informationsaustausch erfolge pseudonymisiert und verschlüsselt. Alle Daten würden nur so lange gespeichert, wie es für die Rückverfolgung von Infektionen erforderlich ist. Einzelpersonen können damit nicht identifiziert werden. Der Dienst wird vom Rechenzentrum der Kommission in LUX betrieben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1606

Kommission; EIT zeichnet 207 Innovationen zur Corona-Krisenreaktion aus

Die Kommission hat am 08.09.2020 Informationen zur neuen Auswahl von EIT-Innovationsprojekten veröffentlicht. Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) fördert in dieser Runde 207 Innovationen zur Bewältigung der Corona-Krise, darunter 62 Innovationsprojekte und 145 Unternehmer. Die Projekte sind in 32 Ländern angesiedelt und werden mit 60 Mio. EUR gefördert. Die Initiative besteht aus zwei Bereichen: den „Instrumenten zur Unterstützung von Vorhaben“ und den „Projekten zur Reaktion auf die Pandemie“. Sie sollen zu Lösungen in Bereichen der Gesundheit, Digitalisierung, Ernährung und städtischen Mobilität beitragen. Darunter befindet sich ein Projekt der Technischen Universität München und der Universität Turin zur Covid-19-Erforschung sowie eines der deutschen Firma Roboception, welche sich mit robotischen Systemen befasst, die durch 3D-Wahrnehmung ermöglichen, Aktionen zu planen und auszuführen. Auf die EIT-Krisenreaktionsinitiative bewarben sich seit dem 14.05.20 fast 1.500 Innovatoren aus 44 Ländern. Alle Krisenreaktionsaktivitäten vom EIT sollen bis Ende 2020 abgeschlossen sein.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200908-innovationen-corona_de

Kommission; Forschungsprojekt; Behandlung von COVID-19-Fällen

Die Kommission hat am 10.09.2020 bekannt gegeben, dass sie Forschungsmaßnahmen zur Verwendung von Plasma von Patienten, die von COVID-

19 genesen sind, i.H.v. 4 Mio. EUR unterstützen wird. Das bereits initiierte Forschungsprojekt SUPPORT-E soll feststellen, ob die COVID-19-Konvaleszenzplasma-Transfusion - unter Verwendung von Plasma von Patienten, die sich von der Krankheit erholt haben - eine wirksame und sichere Behandlung darstellt. Die Finanzierung ist Teil der von der Kommission im Sommer zugesagten 1 Mrd. EUR für Forschung zum Coronavirus. SUPPORT-E wird von der European Blood Alliance (EBA) geleitet und vereint zwölf große Forschungseinrichtungen und klinische Zentren aus sechs EU-Mitgliedstaaten sowie der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. Die Mittel zahlt die Kommission aus dem Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa aus.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200910-kommission-unterstuetzt-entscheidende-plasma-forschung-zur-behandlung-von-covid_de

Rat; Billigung der Aufstockung des Haushalts für 2020 um 6,2 Mrd. EUR

Der Rat hat am 11.09.2020 vereinbart, den EU-Haushalt für 2020 um 6,2 Mrd. EUR aufzustocken, um die Auswirkungen der COVID-19-Krise zu bewältigen und unter anderem die EU-Impfstrategie zu finanzieren. Der Rat nahm den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8 für 2020 im Wege des schriftlichen Verfahrens an. Mit dem geänderten Haushaltsplan werden die Zahlungen für das Soforthilfeinstrument (ESI) um 1,09 Mrd. EUR aufgestockt, um die Entwicklung und den Einsatz eines COVID-19-Impfstoffs sicherzustellen. Die Kommission wird diesen Betrag als Anzahlung für die Vorbestellung von Impfstoffdosen verwenden. Im Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8 werden auch die Mittel für Zahlungen für die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise (CRII) und die Investitionsinitiative zur Bewältigung der Corona-Krise Plus (CRII+) um 5,1 Mrd. EUR erhöht. Dieser Betrag wird verwendet, um den bis Ende des Jahres prognostizierten zusätzlichen Bedarf an Kohäsionsmitteln (einschließlich Strukturfonds EFRE und ESF) zu decken. Im Rahmen der CRII werden nicht ausgegebene Mittel aus dem EU-Haushalt umgeschichtet, um die COVID-19-Krise zu bewältigen, während mit CRII + die Regeln für Kohäsionsausgaben gelockert werden, um die Flexibilität zu erhöhen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/09/11/addressing-covid-19-council-approves-6-2-billion-budget-increase-for-2020/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Bek%c3%a4mpfung+von+COVID-19%3a+Rat+billigt+Aufstockung+des+Haushalts+f%c3%bcr+2020+um+6%2c2%c2%a0Milliarden+%e2%82%ac

Kommission; Abschluss der Sondierungsgespräche mit BioNTech-Pfizer

Die Kommission hat am 09.09.2020 mit dem Unternehmen BioNTech-Pfizer Sondierungsgespräche über den Ankauf eines potenziellen Impfstoffs gegen COVID-19 abgeschlossen. Damit hat die Kommission mit insgesamt sechs Unternehmen entsprechende Verabredungen zu Impfstoffkandidaten getroffen. Neben Biontech-Pfizer sind dies: Sanofi-GSK, Johnson & Johnson, CureVac, Moderna und AstraZeneca. Auf der Grundlage des geplanten Vertrags mit BioNTech-Pfizer könnten alle EU-Mitgliedstaaten den angestrebten Impfstoff erwerben. Ferner könnte er Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gespendet oder an andere europäische Länder weitergegeben werden. Vereinbart ist der Ankauf von zunächst 200 Mio. Dosen eines künftigen Coronavirus-Impfstoffs. Ziel der Kommission ist es, im Rahmen der Corona-Krisenreaktion allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern innerhalb von 12 bis 18 Monaten hochwertige, sichere, wirksame und erschwingliche Impfstoffe zu sichern. Daher vereinbart die Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten (MS) Abnahmegarantien mit Impfstoffherstellern, die den MS das

Recht einräumen sollen, eine bestimmte Anzahl von Impfstoffdosen zu einem bestimmten Preis zu erwerben, sobald ein Impfstoff verfügbar wird.

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response_de

Kommission; Vorschlag für einheitliche Kriterien und Maßnahmen im Zuge der Pandemie

Die Kommission hat am 04.09.2020 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für Maßnahmen zur Einschränkung der Freizügigkeit im Zuge der Pandemie veröffentlicht. Mit dem Vorschlag strebt die Kommission die weitere Umsetzung des EU-Fahrplanes zu COVID-19 Maßnahmen an. Ziel ist eine vertiefte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten (MS) in vier Schlüsselbereichen: Entwicklung gemeinsamer Schwellenwerte für die Einführung von Reisebeschränkungen; eine Kartierung anhand gemeinsamer Kriterien und Farbcodes; ein gemeinsamer Rahmen für Maßnahmen für Reisende aus Risikogebieten sowie klare und rechtzeitige Information der Öffentlichkeit über die Beschränkungen. Erreicht werden soll eine Überführung bisher national teils sehr voneinander abweichender Kriterien in einen europäisch abgestimmten Rahmen.

https://ec.europa.eu/info/files/proposal-council-recommendation-coordinated-approach-restriction-free-movement-response-covid-19-pandemic_en

Außen- und Verteidigungspolitik

Europäischer Rat; Videokonferenz EU-China

Am 14.09.2020 fand eine Videokonferenz zwischen den Führungsspitzen der EU und der Volksrepublik China statt. Die Konferenz baute auf dem 22. Gipfeltreffen EU-China vom 22. Juni 2020 auf und wurde auf EU-Seite von Präsident Michel und auf chinesischer Seite von Präsident Xi geleitet. Ursprünglich sollte ein physisches EU-China-Gipfeltreffen in Leipzig stattfinden, das jedoch pandemiebedingt abgesagt wurde. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Bundeskanzlerin Angela Merkel – als Vertreterin des Ratsvorsitzes – nahmen ebenfalls teil. Die Führungsspitzen begrüßten im Anschluss an die Videokonferenz Fortschritte bei den laufenden Verhandlungen über das angestrebte Investitionsabkommen zwischen der EU und China, insbesondere hinsichtlich der Verhaltensregeln für staatseigene Unternehmen, des erzwungenen Technologietransfers und der Transparenz von Subventionen. In Bezug auf die Wiederherstellung eines ausgewogenen Marktzugangs und die nachhaltige Entwicklung hob die EU-Seite jedoch hervor, dass dringend mehr getan werden müsse, vor allem bezüglich der Agrar- und Ernährungswirtschaft, Finanzdienstleistungen und dem digitalen Sektor. Beide Seiten begrüßten die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der EU und China über geografische Angaben, das den Zugang zum chinesischen Markt insbesondere für hochwertige europäische Agrarerzeugnisse verbessern soll. Die Bedeutung gleicher Wettbewerbsbedingungen auch in den Bereichen Wissenschaft und Technologie wurde beidseitig hervorgehoben. Die EU betont, dass China ein wichtiger globaler Partner bei der Verringerung der weltweiten Treibhausgasemissionen, der Bekämpfung des Klimawandels und der Erhaltung der biologischen Vielfalt sei. Zugleich müsse sich China aber verpflichten, eine Zielvorgabe für Klimaneutralität zu setzen und ein nationales Emissionshandelssystem einzuführen. Die EU unterstrich die gemeinsame Verantwortung, bei den weltweiten Bemühungen um die Entwicklung und Verbreitung von COVID-19-Impfstoffen eine Führungsrolle zu übernehmen. Abschließend äußerte die EU-Seite Besorgnisse über die von China unternommenen Schritte zur Durchsetzung des Gesetzes über nationale Sicherheit in Hongkong sowie

über die Verschlechterung der Menschenrechtsslage. Ein Treffen der Führungsspitzen der EU und Chinas unter Beteiligung der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten und von Präsident Xi ist für 2021 geplant.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2020/09/14/>

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Rede der Kommissionspräsidentin und Debatte zur Lage der Union 2020

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hielt am 16.09.2020 ihre erste Rede zur Lage der Union vor den Europaabgeordneten im Brüsseler Plenarsaal. In ihrer Ansprache zog sie Bilanz über die Aktivitäten der Kommission im vergangenen Jahr und lieferte einen Ausblick auf eine Reihe neuer EU-Initiativen, die in der anschließenden Debatte mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments erörtert wurden (vgl. Beitrag unter Institutionelles).

Die Abgeordneten unterstützten viele der angekündigten neuen Initiativen weitgehend, hoben jedoch auch Bereiche hervor, auf die sich die EU konzentrieren sollte. Die Schaffung von Arbeitsplätzen sollte Priorität sein, erklärte der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber (EVP/DEU): "Schauen Sie sich ITL an: 40 Prozent der Jugendlichen in ITL sind immer noch arbeitslos. Und wir dürfen niemals akzeptieren, dass es wieder einmal eine verlorene Generation in Europa gibt", fügte er hinzu. "Das Geld aus dem Aufbaufonds kann man nur einmal ausgeben; und unsere Priorität ist die Zukunft der jungen Generation Europas." Weber betonte auch, dass die EU in auswärtigen Angelegenheiten mit einer Stimme sprechen müsse. In Bezug auf Belarus erklärte er: "Wir sind glaubwürdig, wenn die Menschen auf den Straßen in Minsk sehen, dass Europa auf ihrer Seite steht." Die S&D-Fraktionsvorsitzende Iratxe García Pérez (S&D/ESP) verwies auf die verschiedenen Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht. Sie sprach sich für eine Finanztransaktionssteuer aus und erklärte: "Nur so können wir in den ökologischen Wandel und die soziale Eingliederung investieren, ohne dabei jemanden zurücklassen." García Pérez begrüßte das neue Emissionsreduktionsziel bis 2030. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass "die Menschen Teil dieses Wandels sind", so die Fraktionsvorsitzende. "Deshalb brauchen wir eine Strategie zur Bekämpfung von Armut, einschließlich der Kinderarmut, und einen Mindestlohn." García Pérez forderte zudem mehr Unterstützung für den Kultursektor und die Schaffung einer europäischen Kulturplattform, "die es jungen Menschen ermöglichen soll, zusammenzuarbeiten und die europäische Kulturszene zu stärken". Der RN-Fraktionsvorsitzende Dacian Cioloş (RN/ROM) sagte, Europa habe in den vergangenen Monaten erhebliche Fortschritte gemacht: "Es besteht kein Zweifel daran, dass das Konjunkturprogramm ein historischer Schritt nach vorne ist und es die Macht der Union und unsere Fähigkeit, Krisen gemeinsam zu überwinden, verkörpert." Er betonte jedoch, dass beim Thema Finanzen die Rechtsstaatlichkeit als wesentlicher Grundsatz geachtet werden müsse, um das Vertrauen der Menschen zu erhalten: "[...] die finanziellen Interessen der Union müssen vor Korruption und Interessenkonflikten geschützt werden." Cioloş lobte darüber hinaus die Reaktion der Kommission auf die Forderung des Parlaments nach einer Folgenabschätzung für die Klimagesetzgebung und die digitalen Pläne der Kommission. Der stellvertretende ID-Fraktionsvorsitzende Nicolas Bay (ID/FRA) beklagte das Fehlen europäischer Marktschutzmaßnahmen auf dem Höhepunkt der Gesundheitskrise und kritisierte die strengen Umweltvorschriften, die seiner Auffassung nach die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen schwächen: "Dies trägt nicht zur Unabhängigkeit und zum Wohlstand des künftigen Europas bei, sondern wird Europa auf der Weltbühne schwächen." Die GRÜNE Fraktionsvorsitzende Ska Keller (GRÜNE/DEU) kritisierte

die Aufnahmebedingungen von Migranten an den EU-Außengrenzen. Diese seien eine "Schande" und es gehe um "unsere gemeinsame Verantwortung als Europäer", appellierte sie. Keller forderte die Kommission nachdrücklich auf, sich für angemessene Bedingungen mit den Mitgliedstaaten anzulegen, und "es zur obersten Priorität zu machen, Menschen in Not zu helfen". Sie begrüßte das vorgeschlagene Ziel, die Emissionen bis 2030 um 55 Prozent zu senken. "Mit dem Klima kann nicht verhandelt werden, also sollten wir besser rasch handeln." Das letzte Jahrzehnt sei für die EU turbulent gewesen, sagte der ECR-Fraktionsvorsitzende Ryszard Antoni Legutko (ECR/POL). Die EU befinde sich nun in einem schlechteren Zustand als vor zehn Jahren. "In den letzten zehn Jahren haben wir jedes Jahr von jedem Kommissionspräsidenten gehört, dass eine strahlende Zukunft auf uns wartet und die Tage des Ruhms der EU vor der Tür stehen, vorausgesetzt natürlich, dass die Europäische Kommission und die europäischen Institutionen mehr Kompetenzen erhalten... Immer weniger Menschen in Europa nehmen diese Ankündigung ernst." Die GUE-Fraktionsvorsitzende Manon Aubry (GUE/FRA) übte Kritik an der Rede der Kommissionspräsidentin, die die in der EU bestehende, durch Steueroasen veranschaulichte Solidaritätskrise und Fragen der Rechtsstaatlichkeit in POL und HUN nicht erwähnt habe. Sie kritisierte das EU-Klimaziel von 55 Prozent als unzureichend. "Um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu bewältigen, müssen wir alles ändern. Unser einziger Schwerpunkt sollte auf ökologischen und sozialen Aspekten liegen", sagte Aubry und forderte Steuergerechtigkeit und das Ende von Steueroasen in Europa sowie eine Reform der EZB.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-09-16-ITM-003_DE.html

Corona: EP will medizinische Beurteilungen und Maßnahmen EU-weit harmonisieren

Besorgt über die jüngste Zunahme neuer COVID-19-Fälle in der gesamten EU bedauern die Abgeordneten in einer am 16.09.2020 angenommenen Entschließung, dass die Mitgliedstaaten offenbar keine Lehren aus dem Beginn der Krise gezogen haben und es weiterhin keine gemeinsame europäische Gesundheitspolitik, sondern nur eine Vielzahl nationaler Strategien gibt. In der Entschließung, die mit einer großen Mehrheit von 595 - 50 - 41 verabschiedet wurde, weisen sie darauf hin, dass es nach wie vor keine harmonisierte Methode für die Erhebung und Bewertung der Zahl der Infizierten gibt, was zu unterschiedlichen Bewertungen des Gesundheitsrisikos und Einschränkungen der Freizügigkeit für Personen, die aus anderen EU-Ländern einreisen, führt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-09-17-TOC_DE.html

EP stellt schaffte Voraussetzung, damit die EU für den Aufbauplan „Next Generation EU“ rasch Kredite in Höhe von 750 Mrd. EUR aufnehmen kann

Die Abgeordneten haben bereits am 16.09.2020 im Rahmen des Berichts von MdEP José Manuel Fernandes (EVP/PTL) und Valérie Hayer (RN/FRA) über eine legislative Stellungnahme zum Eigenmittelbeschluss abgestimmt. Damit ist ein großes Hindernis zur Ratifizierung aus dem Weg, und dieses wichtige EU-Vorhaben zur Wiederankurbelung der Wirtschaft kann schneller umgesetzt werden: Der Kommission soll es gestattet werden, auf den Finanzmärkten 750 Mrd. EUR für den Aufbauplan aufzunehmen. Nach der Abstimmung kann der Rat der EU den Eigenmittelbeschluss nun zügig verabschieden und die Ratifizierung in den 27 EU-Mitgliedstaaten einleiten, damit der Aufbauplan so bald wie möglich anlaufen kann. In seiner Stellungnahme, die mit einer Mehrheit von 455 - 146 - 88 angenommen wurde, bekräftigt das EP, dass neue Einnahmequellen für den EU-Haushalt nötig sind, um zumindest die Kosten des Aufbauplans zu decken. Es fordert einen rechtsverbindlichen Zeitplan für die

Einführung dieser neuen Eigenmittel. Der Aufbauplan müsse nachhaltig finanziert werden und dürfe nicht zulasten künftiger Generationen gehen. Deswegen sollten beispielsweise Steuern für länderübergreifende Umweltverschmutzer und multinationale Konzerne eingeführt werden.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0220_DE.html

EP will Geltungsbereich des neuen „Fonds für einen gerechten Übergang“ erweitern

Am 16.09.2020 nahm das EP im Rahmen des Berichts von Manolis Kefalogiannis (EVP/GRI) seinen Standpunkt zum Vorschlag der Kommission für den neuen Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund) mit einer Mehrheit von 417 - 141 - 138 an. Gefordert wird im Bericht, die Gelder, die im EU-Haushalt 2021–2027 für den Fonds vorgesehen sind, deutlich aufzustocken – auf 25 Mrd. EUR (zu Preisen von 2018). Zum Vergleich: Die Kommission hatte 11 Mrd. EUR vorgeschlagen, der Rat hingegen eine Kürzung auf 7,5 Mrd. EUR vereinbart. Nach dem Willen des Parlaments sollen zusätzlich 32 Mrd. EUR (zu laufenden Preisen) bereitgestellt werden, wie im Rahmen des EU-Aufbauinstruments vorgeschlagen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0223_DE.html

Änderung des EU-Katastrophenschutzverfahrens

Am 16.09.2020 nahm das Plenum des EP mit großer Mehrheit (617:52:23) den Bericht von MdEP Nikos Androulakis (S&D/GRI) an, der eine Stärkung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vorsieht (siehe Beitrag unter „Inneres“).

EP zu POL: Rat muss handeln, um Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit zu schützen

Die Missachtung der richterlichen Unabhängigkeit und der Rechte von LGBTI-Personen in POL weise auf "überwältigende Beweise" für Verstöße gegen die Werte der EU hin, erklärte das EP in einer am 17.09.2020 im Rahmen des Berichts von MdEP Juan Fernando López Aguilar (S&D/ESP) angenommenen Entschließung.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0225_DE.html

EP fordert die EU auf, Präsident Lukaschenko und die Täter hinter der Vergiftung von Alexej Navalny zu sanktionieren

In einer am 17.09.2020 mit einer Mehrheit von 574 - 37 - 82 angenommenen Entschließung lehnt das EP das offizielle Ergebnis der "so genannten Präsidentschaftswahlen" in Belarus am 09.08.2020 ab, da diese Wahlen in einer "flagranten Verletzung aller international anerkannten Standards" durchgeführt wurden. Sobald die Amtszeit des amtierenden autoritären Führers Alexander Lukaschenko am 05.11.2020 ausläuft, wird das EP ihn nicht mehr als Präsident des Landes anerkennen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0231_DE.html

In einer separaten Entschließung, die ebenfalls am 17.09.2020 mit einer Mehrheit von 532 - 84 - 72 angenommen wurde, verurteilt das Parlament nachdrücklich den Versuch, den prominenten russischen Oppositionspolitiker und Anti-Korruptions-Aktivisten Alexej Navalny in Russland mit einem Nervengas zu ermorden. Die Abgeordneten betonen, dass die versuchte Ermordung von Alexej Navalny Teil eines systematischen Bestrebens war, Dissidenten in Russland zum Schweigen zu bringen, insbesondere im Hinblick auf die Beeinflussung der lokalen und regionalen Nachwahlen in Russland am 11. und 13.09.2020. Sein Fall sei ein Element einer umfassenderen russischen Politik, die sich auf eine repressive Innenpolitik und aggressive Aktionen weltweit konzentriert, heißt es in dem Text. Er fordert die EU-

Mitgliedstaaten ferner auf, in dieser Angelegenheit eine aktive Haltung einzunehmen, wie etwa die rasche Einführung ehrgeiziger Sanktionen gegenüber Russland und die Verstärkung bereits bestehender restriktiver Maßnahmen. Der Text drängt auf den Einsatz von Sanktionsmechanismen, die es ermöglichen würden, die europäischen Guthaben korrupter Personen zu sammeln und einzufrieren, in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen der Anti-Korruptionsstiftung von Alexej Navalny. Das EP erinnert in diesem Zusammenhang an seine Forderung, Nord Stream 2 zu stoppen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0232_DE.html

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; ENVE-Fachkommissionsitzung

Am 09.09.2020 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission ENVE für Umwelt, Klimawandel und Energie statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmenentwürfe abgestimmt: „Biologisch vielfältige Städte und Regionen nach 2020 auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD COP 15) und in der EU Biodiversitätsstrategie 2030“ sowie „Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft“. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zu folgenden Themen statt: „Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Regionen und die Bewertung des europäischen Grünen Deals“ sowie „Chancen und Synergien einer vorausschauenden Anpassung an den Klimawandel zur Förderung von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in den Regionen und Kommunen: Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich?“

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164299&meetingSessionId=2204104>

AdR; NAT-Fachkommissionsitzung

Am 18.09.2020 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission NAT für Natürliche Ressourcen statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmenentwürfe abgestimmt: „Ein nachhaltigerer Tourismus für die Städte und Regionen der EU“, „Vom Hof auf den Tisch – die lokale und regionale Dimension“, „EU-Strategie zur Wiederbelebung des ländlichen Raums“, „Programme „EU4Health““ sowie „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU über ein Katastrophenschutzverfahren der Union“. Darüber hinaus fand ein Meinungsaustausch zu folgendem Arbeitsdokument statt: „Agrarökologie“.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164787&meetingSessionId=2204696>

W i r t s c h a f t

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung von EU-Vorschriften bezüglich Bauprodukten

Am 04.09.2020 hat die Kommission eine öffentliche Konsultation bezüglich einer Überarbeitung von EU-Vorschriften im Bereich von Bauprodukten eingeleitet. Die Konsultation bietet die Möglichkeit zur Mitwirkung an einer etwaigen Überarbeitung der Bauprodukteverordnung. Ziel soll es sein, ein Basisszenario aufzustellen, diverse Optionen für die Zukunft zu bewerten sowie ein optimales weiteres Vorgehen zu ermitteln. Ein besonderes Augenmerk wird auf die KMU gelegt, da diese den Sektor dominieren. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis zum 25.12.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12458-Review-of-the-Construction-Products-Regulation>

Kommission; Genehmigung der Übernahme von Axel Springer SE durch Canada Pension Plan Investment Board und KKR & Co. Inc.

Am 07.09.2020 genehmigte die Kommission die gemeinsame Übernahme der Axel Springer SE (Sitz in Berlin) durch das kanadische Canada Pension Plan Investment Board (CCPIB) und KKR & Co. Inc. (KKR) aus den USA. Die Axel Springer SE ist als Medienunternehmen in weltweit mehr als 40 Ländern aktiv. CCPIB ist eine Investmentfirma; KKR hingegen bietet Vermögensverwaltungsdienstleistungen und Kapitalmarktlösungen an. Die Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die geplante Übernahme wegen der mäßigen gemeinsamen Marktstellung in den Bereichen, in denen sich die Tätigkeiten der Unternehmen überschneiden, keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken aufwirft.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_9864

Kommission; Veröffentlichung der Evaluierung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen

Am 08.09.2020 hat die Kommission eine Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen veröffentlicht, die die Ergebnisse der Evaluierung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen (Vertikal-GVO) und der Leitlinien für vertikale Beschränkungen (Vertikal-Leitlinien) zusammenfasst. Das Ziel der Evaluierung war eine Ermittlung zur Frage, inwiefern die bis zum 31.05.2022 geltenden Vertikal-GVO und Vertikal-Leitlinien ihren Zweck erfüllen und wie deren Zukunft aussieht. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass sowohl die Vertikal-GVO als auch die Vertikal-Leitlinien noch immer von Relevanz sind, da sie wichtige Instrumente zur Erleichterung der Selbstprüfung vertikaler Vereinbarungen von Unternehmen darstellen. Aufgrund aufgetretener Änderungen des Marktes, insbesondere durch eine Zunahme des Online-Warenhandels, ist eine Anpassung erforderlich. Dazu soll eine Einleitung einer Folgenabschätzung im Rahmen einer für Ende des Jahres geplanten öffentlichen Konsultation erfolgen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1564

Kommission; Annahme eines Vorschlags zur Wirksamkeitsmachung von Zollabkommen mit den USA

Am 08.09.2020 hat die Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zur Abschaffung von Zöllen auf bestimmte Importe in die EU veröffentlicht. Gleichmaßen werden die USA ihre Zölle auf bestimmte EU-Exporte senken. Damit tritt das von der EU und den USA am 21.08.2020 angekündigte Abkommen in Kraft. Die Zöllsenkungen sollen den Zugang zu den Märkten der EU und der USA um rund 200 Mio. EUR pro Jahr erhöhen. Nach den Genehmigungen auf beiden Seiten, dass das Abkommen im Einklang mit den einschlägigen Verfahren steht, wird eine Senkung der US-Zölle auf EU-Exporte in Höhe von rund 160 Mio. US-Dollar pro Jahr erwartet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1572

EuGH; Schlussanträge – Gerichtliche Zuständigkeit für Unterlassungsklagen gegen Vertragspartner wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung

Generalanwalt Saugmandsgaard Øe hat am 10.09.2020 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-59/19 (Wikingerhof GmbH & Co. KG/ Booking.com BV) zu der Frage vorgelegt, wo die gerichtliche Zuständigkeit für Unterlassungsklagen gegen Vertragspartner wegen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung liegt. Nach Auffassung des Generalanwalts hängt die gerichtliche Zuständigkeit entscheidend

davon ab, was die Wikingerhof GmbH erreichen will, und auf welche Vorschriften sie ihre Forderung stützt. Die Rechtsgrundlage (Brüssel-I-a-Verordnung Nr. 1215/2012) sei so auszulegen, dass eine zivilrechtliche Haftungsklage, die auf eine Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des Wettbewerbsrechts gestützt wird, „eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder ... Ansprüche aus einer solchen Handlung“ im Sinne dieser Bestimmung zum Gegenstand hat, und zwar auch dann, wenn Kläger und Beklagter Parteien eines Vertrags sind und das wettbewerbswidrige Verhalten, das der Kläger dem Beklagten vorwirft, in ihrer vertraglichen Beziehung zum Tragen kommt.“

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=230870&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

EuRH; Forderung einer stärkeren Reaktion auf Chinas Investitionsstrategie

Am 10.09.2020 veröffentlichte der EuRH eine Analyse (3/2020), in der dieser seine Auswertung über Chinas staatlich gelenkte Investitionsstrategie für die EU darlegt. Dabei weisen die Prüfer darauf hin, dass die eigene China-Strategie besser festzulegen, umzusetzen und nachzuverfolgen seien. Ebenso von Relevanz sei eine zukünftig bessere Koordination des Handelns der EU-Organe und einzelnen Mitgliedstaaten (MS) bezüglich der bilateralen Beziehungen zu China. Oftmals agierten die MS aus eigenen Interessen heraus, ohne dabei die Kommission zu informieren. Bei einem solch zersplitterten Ansatz könne die wirtschaftliche Stärke einer gemeinsam handelnden EU nicht zum Tragen kommen. Die Prüferinnen und Prüfer des EuRH betonen zudem die Schwierigkeit, zu einem vollkommenen Überblick über die Investitionen Chinas innerhalb der EU zu gelangen, da diese Daten zum Teil unvollständig seien.

https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/rw20_03/rw_eu_response_to_china_de.pdf

Kommission; erster hochrangiger digitaler Dialog zwischen EU und China

Am 10.09.2020 hat die Kommission gemeinsam mit Vertretern Chinas einen ersten hochrangigen digitalen Dialog abgehalten, der die Videokonferenz zwischen den Staats- und Regierungschefs der EU und Chinas am 14.09.2020 vorbereitete. Der Dialog behandelte diverse Schlüsselthemen wie die Festlegung von Standards für Informations- und Kommunikationstechnologien, künstliche Intelligenz, Produktsicherheit von online verkauften Artikeln, digitale Besteuerung sowie Forschung und Innovation. Die EU erklärte, sie sei bereit, mit China auf der Grundlage der Grundsätze der Nachhaltigkeit, Gegenseitigkeit und gleicher Wettbewerbsbedingungen zusammenzuarbeiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_1600

Kommission; Öffentliche Konsultation zum Fahrplan der Bewertung des elektronischen Datenaustausches bezüglich der EU-Kohäsionspolitik

Am 11.09.2020 veröffentlichte die Kommission einen Fahrplan zur vorgesehenen Bewertung des elektronischen Datenaustauschs in der EU-Kohäsionspolitik (2014-2020). Hintergrund ist, dass an der Planung und Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik diverse Stellen beteiligt sind, die Informationen und Dokumente elektronisch über spezielle IT-Systeme austauschen. Ziel der Initiative ist eine Bewertung der Funktionsweise des Gesamtsystems „E-Kohäsion“. Gelegenheit zur Stellungnahme im Zuge der Konsultation besteht bis zum 30.10.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12519-Evaluation-of-e-cohesion-2014-2020>

EuGH; Urteil in der Rechtssache C-212/19 Ministre de l'Agriculture et de l'Alimentation / Compagnie des pêches de Saint-Malo

Mit seinem Urteil vom 17.09.2020 stellte der Europäische Gerichtshof, der mit einer Auslegungsfrage in Bezug auf eine Entscheidung der Kommission befasst war, mit der Frankreich für eine mit dem gemeinsamen Markt für unvereinbar erklärte staatliche Beihilfe sanktioniert wurde, die Ungültigkeit dieser Entscheidung fest. Der Kommission ist, so der Gerichtshof, ein Rechtsfehler unterlaufen, indem sie irrig festgestellt hat, dass die Ermäßigung der Gehaltsabzüge bei Beschäftigten den Fischereiunternehmen einen unmittelbaren Vorteil im Gemeinsamen Markt verschafft.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=7FDA799ADD5500B6A9918AADFB5ABF05?text=&docid=231187&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2548839>

V e r k e h r

Kommission; Genehmigung von italienischer Beihilfe für Alitalia

Am 04.09.2020 genehmigte die Kommission eine von ITL angemeldete Regelung für staatliche Beihilfen zur Förderung von Alitalia in Höhe von 199,45 Mio. EUR. Mithilfe der Maßnahme soll die Fluggesellschaft für die Einbußen durch den COVID-19-Ausbruch entschädigt werden. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des am 19.03.2020 verabschiedeten Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen. Die Unterstützung wird von ITL in Form eines direkten Zuschusses gewährt und entspricht dem geschätzten Schaden, der der Fluggesellschaft direkt entstanden ist. Gleichzeitig laufen seitens der Kommission weitere Untersuchungen zu früheren Fördermaßnahmen zugunsten von Alitalia – geprüft wird ein Darlehen über 900 Mio. EUR von 2017 und ein zusätzliches Darlehen über 400 Mio. EUR von Oktober 2019.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1538

EuGH; Schlussanträge; Taxi-App als Dienst der Informationsgesellschaft, keine Verkehrsdienstleistung

Generalanwalt Szpunar hat am 10.09.2020 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-62/19 (Star Taxi App SRL) zu der Frage vorgelegt, ob eine Dienstleistung einer Smartphone-App, die eine Verbindung zwischen Taxikunden und Taxifahrern herstellt, als „Dienst der Informationsgesellschaft“ gewertet werden muss und ob diese einer Genehmigungspflicht unterworfen werden kann. Nach Auffassung des Generalanwalts entspricht die genannte Dienstleistung der in der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr vorgenommenen Definition des „Dienstes der Informationsgesellschaft“. Die Dienstleistungsrichtlinie steht der Anwendung einer solchen Zulassungsregelung entgegen, sofern diese nicht den in der Richtlinie festgelegten Kriterien entspricht.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=230875&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>

Kommission; Verlängerung der Ausnahme von der Slotverordnung bis 27.03.2020

Verkehrskommissarin Adina Valean erklärte am 14.09.2020 anlässlich der Veröffentlichung eines Berichts zur Situation des Luftverkehrs in der COVID-19 Pandemie, die Aussetzung der Slotverordnung für Luftverkehrsgesellschaften bis zum 27.03.2020 per delegierten Rechtsakt verlängern zu wollen, sollte sich bis dahin keine Erholung des Luftverkehrs abzeichnen. In dem Bericht sind Zahlen zu den

Auswirkungen der Pandemie auf die Luftverkehrswirtschaft enthalten, die den Einbruch der Fluggastzahlen deutlich veranschaulichen.

https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/legislation/com20200558_allocation_of_slots.pdf

Energie

Kommission; EU-Energie in Zahlen - Statistisches Jahrbuch 2020

Am 09.09.2020 veröffentlichte die Kommission das Statistische Jahrbuch 2020 zu den Daten der EU im Bereich des Energiesektors. Das umfangreiche Zahlenwerk bietet Einblick in die europäische Energieunion und ihre Herausforderungen und Ziele.

https://op.europa.eu/en/publication-detailau/publication/87b16988-f740-11ea-991b-01aa75ed71a1/language-en?WT.mc_id=Searchresult&WT.ria_c=37085&WT.ria_f=3608&WT.ria_ev=search

Digital

Kommission; Konsultation zu Beihilfavorschriften im Breitbandausbau

Die Kommission hat am 08.09.2020 zwei öffentliche Konsultationen eingeleitet, mit der Mitgliedstaaten und interessierte Kreise aufgerufen werden, zu den EU-Beihilfavorschriften zum Ausbau von Breitbandnetzen Stellung zu nehmen. Zu diesem Rechtsrahmen zählen die Breitbandleitlinien aus dem Jahr 2013 und bestimmte Vorschriften der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) von 2014. Die Breitbandleitlinien erlauben es den Mitgliedstaaten, den Ausbau von Breitbandnetzen unter bestimmten Voraussetzungen mit Beihilfen, d.h. öffentlichen Geldern, zu fördern. Die AGVO stellt sie unter bestimmten Voraussetzungen von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung frei. Die Kommission will nun prüfen, ob diese Vorschriften angesichts der Technologie- und Marktentwicklungen und der digitalpolitischen Ziele der EU aktualisiert werden müssen. Dies ist relevant für die gesamte Förderperiode 2021-27. Eine Konsultation betrifft allgemeine Fragen der Anwendung des Rechtsrahmens; eine weitere wirft spezifischere Fragen zu den einschlägigen Bestimmungen auf. Die Frist für Stellungnahmen endet am 05.01.2021.

https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020_broadband/index_en.html

EuGH; Urheberrechtsverletzung durch Framing?

Generalanwalt Maciej Szpunar hat am 10.09.2020 in der Rechtssache C-392/19 seine Schlussanträge vorgelegt. Der Bundesgerichtshof (BGH) in DEU hat den EuGH um Auslegung der Urheberrechtsrichtlinie 2001/29 ersucht. Der BGH möchte wissen, ob die Einbettung eines mit Einwilligung des Rechteinhabers auf einer frei zugänglichen Internetseite verfügbaren Werks in die Internetseite eines Dritten (sog. Framing) eine öffentliche Wiedergabe des Werks darstellt, wenn sie unter Umgehung von Schutzmaßnahmen gegen Framing erfolgt, die der Rechteinhaber getroffen oder veranlasst hat. In dem Ausgangsrechtsstreit stehen sich die Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst und die Deutsche Digitale Bibliothek (DDB) gegenüber. Die DDB will Vorschaubilder aus dem Repertoire der Verwertungsgesellschaft anzeigen und speichern. Letztere verlangt allerdings, dass „wirksame technische Maßnahmen“ zum Schutz der gezeigten Werke gegen Framing getroffen werden. Das lehnt die DDB ab. Der Generalanwalt vertritt die Auffassung, dass die Einbettung von Werken einer Webseite in eine andere Webseite mittels automatischer Links (sog. Inline Linking) der

Erlaubnis des Rechteinhabers bedarf. Dagegen setze die Einbettung mittels anklickbarer Links unter Verwendung der Framing-Technik keine Erlaubnis voraus. Es sei anzunehmen, dass sie der Rechteinhaber bei der ursprünglichen Zugänglichmachung des Werks erteilt habe. Dies gelte auch dann, wenn das Framing unter Umgehung technischer Schutzmaßnahmen erfolgt, die der Rechteinhaber getroffen oder veranlasst hat.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-392/19>

EuGH; Netzneutralität; Zero Rating bei Internetabonnements ist unionsrechtswidrig

Die Große Kammer des EuGH hat mit Urteil vom 15.09.2020 in den verbundenen Rechtssachen C-807/18 und C-39/19 entschieden, dass die Erfordernisse des Schutzes der Rechte der Internetnutzer und der nichtdiskriminierenden Behandlung des Datenverkehrs dem sog. „Zero Rating“ und somit den Regeln zur Netzneutralität in der EU entgegenstehen. Bei der im Ausgangsfall streitigen Tarifgestaltung des Zero Rating behandelt ein Internetzugangsanbieter bestimmte Anwendungen und Dienste bevorzugt, indem er ihre Nutzung zum „Nulltarif“ bzw. als Flatrate anbietet, die Nutzung der übrigen Anwendungen und Dienste dagegen blockiert oder verlangsamt. Nach Ansicht der zuständigen Behörde in HUN verstößt diese Geschäftspraxis gegen die in der Verordnung (EU) 2015/2120 verankerte Pflicht zur gleichberechtigten und nichtdiskriminierenden Behandlung. Der EuGH teilt diese Auffassung: Der Abschluss solcher Vereinbarungen sei geeignet, die Ausübung der Rechte der Endnutzer im Sinne von Art. 3 Abs. 2 der Verordnung auf einem erheblichen Teil des Marktes einzuschränken. Derartige Pakete können die Nutzung der bevorzugt behandelten Anwendungen und Dienste erhöhen und zugleich die Nutzung der übrigen verfügbaren Anwendungen und Dienste in Anbetracht der Maßnahmen, mit denen der Anbieter ihre Nutzung technisch erschwert oder sogar unmöglich macht, verringern. Zudem kann, je größer die Zahl der Kunden ist, die solche Vereinbarungen abschließen, die kumulierte Auswirkung dieser Vereinbarungen angesichts ihrer Tragweite umso mehr zu einer erheblichen Einschränkung der Ausübung der Rechte der Endnutzer führen oder sogar den Kern dieser Rechte untergraben. Der EuGH hat mit dem Urteil erstmals die Verordnung (EU) 2015/2120, die in Art. 3 den tragenden Grundsatz der Offenheit des Internets (sog. „Netzneutralität“) festschreibt, ausgelegt (sog. TSM-Verordnung).

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-807/18>

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-39/19>

F o r s c h u n g

Kommission; Forschung; Jahreskonferenz „R&I Days“

Die Kommission hat vor kurzem weitere Informationen zu den „Research and Innovation Days“ bekannt gegeben und ihr Programm zu dieser Konferenz aktualisiert, die vom 22.-24.09.2020 stattfinden wird. Es handelt sich um eine wichtige forschungspolitische Konferenz zur Vorbereitung des neuen Rahmenprogramms „Horizont Europa“. Auf der Konferenz werden eine Reihe von Themen zu den aktuell wichtigen Fragen auf den einzelnen Forschungsfeldern in der EU-Politik diskutiert werden, von Klimaschutz über Gesundheit bis hin zu Digitalisierung. Auch die künftigen gesellschaftspolitisch relevanten „Missionen“ in den künftigen Arbeitsprogrammen werden diskutiert werden. Die „R&I Days“ werden jährlich von der Generaldirektion Forschung der Kommission ausgerichtet und finden erstmal wegen der Corona-Situation als dreitägiges Online-Event mit Plenarsitzungen und Workshops statt. Anmeldungen sind unter u.g. Link möglich. Die Kommission wird auf der

Konferenz auch Pläne zur Zukunft des Europäischen Forschungsraums (ERA) diskutieren. Im Anschluss an die Konferenz plant die Generaldirektion Forschung, ein strategisches Dokument in Form einer Mitteilung zu veröffentlichen und mit den Mitgliedstaaten zu diskutieren. Die Thematik „Zukunft des Forschungsraumes“ zählt auch zu den Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft in der europäischen Forschungspolitik.

<https://research-innovation-days.ec.europa.eu/>

Finanzdienstleistungen

ESMA; Verschiebung des Datums für die jährlichen Transparenzberechnungen

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) hat am 07.09.2020 beschlossen, dass Handelsplätze und Wertpapierfirmen aus betrieblichen Gründen die Durchführung der jährlichen Transparenzberechnungen für andere Nicht-Aktieninstrumente als Anleihen auf den 21.09.2020 verschieben können. Seitens entsprechender Interessengruppen wurden Bedenken geäußert, dass die Anwendung der Berechnungen der Nicht-Aktien-Transparenz mit der vierteljährlichen Verfallswoche vieler Aktienderivate zusammenfällt, einer Woche, die durch hohe Handelsvolumina und eine höhere Volatilität gekennzeichnet ist. Um technische Probleme zu vermeiden, die durch die hohe Marktvolatilität in der derzeit sensiblen Zeit noch verstärkt werden könnten, stimmte die ESMA zu, dass Handelsplätze und Wertpapierfirmen die Berechnungen der Nicht-Aktien-Transparenz ab dem 21.09.2020 anstelle des 15.09.2020 anwenden können. Diese Transparenzverpflichtungen gehen auf die zweite europäische Finanzmarkttrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive II – MiFID II) und die europäische Finanzmarktverordnung (Markets in Financial Instruments Regulation – MiFIR) zurück.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-provides-option-apply-annual-transparency-calculations-non-equity>

Finanzen

Rat; Standpunkt für den EU-Haushalt 2021

Am 09.09.2020 einigten sich die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten im Ausschuss der Ständigen Vertreter auf den Standpunkt des Rates zum EU-Haushaltsentwurf 2021. Insgesamt soll sich der Haushalt des nächsten Jahres auf 162,9 Mrd. EUR an Verpflichtungen und 164,8 Mrd. EUR an Zahlungen belaufen. Der Haushalt 2021 soll der EU helfen, die Schäden der COVID-19-Pandemie, die die Gesellschaften und Volkswirtschaften schwer getroffen hat, zu beheben. Der Standpunkt stimmt aus Sicht des Rates mit den Prioritäten überein, die die Staats- und Regierungschefs der EU im Juli für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vereinbart haben. Er biete geeignete Mittel, um eine nachhaltige Erholung sowie die ökologische und digitalen Transition der EU zu unterstützen.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/09/09/eu-budget-for-2021-council-agrees-position/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=EU+budget+for+2021:+Council+agrees+position

Kommission; Studie zur Mehrwertsteuerlücke in Höhe von 140 Mrd. EUR in den EU-Ländern im Jahr 2018

Eine am 10.09.2020 vorgestellte Studie der Kommission zur sogenannten Mehrwertsteuerlücke zeigt, dass im Jahr 2018 den EU-Mitgliedstaaten schätzungsweise insgesamt 140 Mrd. EUR an Mehrwertsteuereinnahmen entgangen sind (137 Mrd. EUR in 2017). Die Studie erfasste die Differenz zwischen den erwarteten Mehrwertsteuereinnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag. Die absolut höchsten Mehrwertsteuerlücken verzeichneten 2018 laut Kommission ITL mit 35,4 Mrd. EUR, das Vereinigte Königreich mit 23,5 Mrd. EUR und DEU mit 22 Mrd. EUR (2017: rund 25 Mrd. EUR). Prozentual habe die Lücke in DEU 8,6% betragen, gegenüber 10% im Jahr zuvor. Wie 2017 hatte laut dem Bericht ROM auch 2018 mit 33,8% der Mehrwertsteuereinnahmen anteilmäßig bzw. prozentual die höchste nationale Lücke, gefolgt von GRI mit 30,1%, LIT mit 25,9% und ITL mit 24,5%. Am kleinsten seien die Mehrwertsteuerlücken in SWE mit 0,7%, KRO mit 3,5% und FIN 3,6% gewesen. Als Medianwert gibt die Kommission für 2018 9,2% an. Die Lücke soll ein Indikator für die Durchsetzungsmaßnahmen der Mitgliedstaaten bei der Mehrwertsteuer sei. Sie dient als Schätzwert für Mindereinnahmen, die insbesondere auf Steuerbetrug, Steuerhinterziehung, Zahlungsunfähigkeit, aber auch systemimmanenten Unstimmigkeiten beruhen.

https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/vat-gap-full-report-2020_en.pdf

EZB; Lagarde belässt Geldpolitik unverändert auf hohem Niveau

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) entschied in der Sitzung am 10.09.2020 vor dem Hintergrund einer starken Erholung, die weitgehend früheren Erwartungen entspricht, die Leitzinsen und die Anleiheankäufe ohne Veränderung auf hohem Niveau zu belassen, um die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen und die mittelfristige Preisstabilität zu gewährleisten. Die Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) mit einem Umfang von insgesamt 1,35 Bio. EUR werden fortgesetzt. Auch wird das Programm zum Erwerb von Vermögenswerten (APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. EUR weitergeführt. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätszinssatz bei -0,50%. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis sich die Inflationsaussichten innerhalb des Projektionszeitraums robust auf ein Niveau angenähert haben, das ausreichend nahe bei, aber unter 2% liegt und sich diese Annäherung konsequent in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik niedergeschlagen hat.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp200910~f4a8da495e.de.html>

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 11.09.2020 berieten sich die Finanzminister der Eurozone im Format der EUR-Gruppe zur wirtschaftlichen Entwicklung und die damit verknüpften fiskalpolitischen Maßnahmen sowie die Verhandlungen zur Bankenunion bei einem physischen Treffen in Berlin. Am 11./12.09.2020 tagte ebenfalls in Berlin der Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Die Minister tauschten sich über Eigenmittel für den EU-Haushalt, eine faire und effektive Besteuerung sowie die Neuordnung der Finanzmärkte im digitalen Zeitalter aus. Zudem wurde der Ausblick zur wirtschaftlichen Erholung Europas thematisiert.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/artikel/ecofin-olaf-scholz-eu2020/2382910>

EP, Rat; Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027

Während der dritten Trilog-Verhandlungsrunde zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) am 11.09.2020 zwischen Rat und dem EP wiederholten die Verhandlungsführer des EP ihre zentralen Forderungen, die auf dem Mandat des Plenums von Juli 2020 basieren. Die Verhandlungsführer des Parlaments hoben es als positiv hervor, dass es Fortschritte bezüglich eines verbindlichen Fahrplans für die drei Institutionen zu neuen EU-Eigenmittel und zur Stärkung zukunftsorientierter EU-Programme gegeben habe. Mit den Schlussfolgerungen des Rates in ihrer jetzigen Form werden aus Sicht des EP aber EU-Flaggschiffprogramme wie Horizont Europa für Forschung und Innovation oder Erasmus+ für die Jugend und Ausbildung einen Rückgang der Finanzierung erfahren, was bedeute, dass viele Forschungsprojekte nicht finanziert werden können und Millionen junger Menschen nicht in der Lage sein werden, von lebensverändernden Möglichkeiten und besserer Beschäftigung zu profitieren.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20200911IPR86907/do-not-jeopardise-future-oriented-eu-programmes-say-ep-s-budget-negotiators>

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf -0,2% gesunken

Am 17.09.2020 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im August 2020 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei -0,2%, gegenüber 0,4% im Juli. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,0% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im August bei 0,4%, gegenüber 0,9% im Juli. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,4% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in CYP (-2,9%), GRI (-2,3%) und EST (-1,3%) gemessen, die höchsten in HUN (4,0%), POL (3,7%) und CZR (3,5%). Im Juni kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,33%), gefolgt von Dienstleistungen (+0,30%), Industriegütern ohne Energie (-0,03%) sowie Energie (-0,77%). Die Inflationsrate in DEU betrug im August -0,1% zu 0,0% im Juli.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10568623/2-17092020-AP-DE.pdf/ebea9cb0-0e6a-c627-c5eb-ed38c85024ce>

EuGH; Schlussanträge – Rechtsschutz gegen Auskunftersuchen

Generalanwältin Kokott hat am 02.07.2020 ihre Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-245/19 und C-246/19 (Großherzogtum Luxemburg / B. u.a.) zum Rechtsschutz gegen an Dritte gerichtete behördliche Auskunftersuchen in Steuerverfahren vorgelegt. Danach müssen der Adressat, der betroffene Steuerpflichtige und weitere betroffene Dritte eine im Rahmen des grenzüberschreitenden Informationsaustauschs zwischen Steuerbehörden erlassene Auskunftsanordnung gerichtlich überprüfen lassen können. Der Ausschluss einer solchen Rechtsschutzmöglichkeit verstoße gegen das in der EU-Grundrechte-Charta verankerte Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=EC03DB9CFA475621040B2EDFD9625A86?text=&docid=228047&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2696166>

S o z i a l e s

Kommission; Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Sozialpartnern bei Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt

Die Kommission hat am 07.09.2020 eine gemeinsame Erklärung mit Gewerkschaften, Handelskammern und Arbeitgeberverbänden zur Erneuerung ihrer Zusammenarbeit

bei der Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt verabschiedet. Ziel ist es, der Integration von Migranten und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt neue Impulse zu verleihen. Die gemeinsame Erklärung soll zur Vollendung der Europäischen Säule sozialer Rechte beitragen, indem die frühzeitige Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund weiter gestärkt wird. Als Schwerpunkte der künftigen Zusammenarbeit sehen die Unterzeichner eine vertiefte Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft und NGOs, die Förderung des Unternehmertums (Entrepreneurship) sowie die Erleichterung der Kompetenzvermittlung, -bewertung und -validierung.

<https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/policies/legal-migration-policy/joint-statement-commission-economic-social-partners-renewal-european-partnership-integration.pdf>

Kommission; Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa 2020

Die Kommission hat am 15.09.2020 ihren jährlichen Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa 2020 veröffentlicht. Ziel des Berichts ist es, Analysen und mögliche Ansätze für die Schaffung einer sozial gerechteren Union vorzustellen, insbesondere vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie und struktureller Veränderungen wie dem grünen und digitalen Wandel. Festgestellt wird in dem Bericht u.a., dass die COVID-19-Pandemie tiefgreifende gesundheitliche, wirtschaftliche, beschäftigungspolitische und soziale Auswirkungen zeitigt und viele der von der EU bereits erzielten Fortschritte gefährdet. Es handele sich um einen wirtschaftlichen Schock größeren Ausmaßes als in den Jahren der Finanzkrise 2008 und 2009. Bedrohlich seien besonders der Rückgang der Wirtschaftsleistung und der Anstieg der Arbeitslosigkeit, der insbesondere schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen, wie etwa die europäische Jugend, träfe. Angemessene Mindestlöhne und Mindesteinkommen könnten sich in dieser Situation positiv auf die soziale Mobilität der Europäer auswirken, so die Studie. Vor allem aber würden sich Investitionen in die Menschen auszahlen. Die Verringerung geschlechtsspezifischer Unterschiede sei ebenso bedeutsam wie die Verlängerung des Erwerbslebens und die Anhebung des Bildungsniveaus. Der digitale Wandel erfordere soziale Investitionen in Form von Umschulungsprogrammen, während Kurzarbeitsregelungen wirksam vor dem Verlust von Arbeitsplätzen schützten. Ferner wirkten sich sozialer Dialog und Tarifverhandlungen positiv auf die Gerechtigkeit und deren Wahrnehmung am Arbeitsplatz aus.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=738&langId=en&pubId=8342&furtherPubs=yes>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; WHO; Hochrangiger Förderrat für einen beschleunigten Zugang zu COVID-19-Instrumenten

Die Kommission und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben am 10.09.2020 einen Hochrangigen Förderrat (High Level Facilitation Council) ins Leben gerufen. Ziel des Gremiums ist es, die Arbeit des globalen Kooperationsrahmens ACT-A (Access to COVID-19 Tools Accelerator) anzuleiten. Dabei geht es vor allem um die Entwicklung und den Einsatz von Impfstoffen, Tests und Behandlungen gegen COVID-19. Im ACT-Accelerator hatten sich Ende April 2020 Regierungen, Wissenschaftler, Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Philanthropen sowie globale Gesundheitsorganisationen zusammengeschlossen (z.B. Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, CEPI, FIND, Gavi, The Global Fund, Unitaid, Wellcome-Trust, WHO,

Weltbank und die Globale Finanzierungsfazität). Ziel des Gremiums ist es, die Entwicklung allgemein zugänglicher Impfstoffe, Therapeutika und Diagnostika sowie die erforderliche Verbesserung der Gesundheitssysteme zu beschleunigen. Auf seiner ersten Tagung am 10.09.2020, die von Kommissionspräsidentin von der Leyen und dem Generaldirektor der WHO, Tedros Adhanom Ghebreyesus, geleitet wurde, hat der Förderrat eine politische Erklärung verabschiedet, welche die weltweite Zusammenarbeit als Schlüssel zum Sieg über das Virus hervorhebt. Betont wird darin der Stellenwert von Tests, Behandlungen, Impfungen sowie verbesserten Gesundheitssystemen für die Überwindung der Pandemie.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1581

Europäische Umweltagentur; Umweltschutz fördert öffentliche Gesundheit

Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung, Lärmbelastung, gefährliche Chemikalien und Auswirkungen des Klimawandels verursachen 13% aller Todesfälle in der EU. Zu diesem Schluss kommt eine am 08.09.2020 veröffentlichte Studie der Europäischen Umweltagentur (EUA). Unter dem Titel „Gesunde Umwelt, gesundes Leben: wie die Umwelt die Gesundheit und das Wohlbefinden in Europa beeinflusst“ stellt die Studie den Zusammenhang zwischen dem Zustand der Umwelt und der Gesundheit der Bevölkerung her. Aktuell am stärksten wirkten sich demnach die Luftverschmutzung (400.000 Todesfälle), Lärmbelastung (12.000 Todesfälle), gefolgt von den durch den Klimawandel bedingten Auswirkungen wie Hitzewellen auf die Anzahl der vorzeitigen Todesfälle aus. Innerhalb Europas zeigten sich dabei große Unterschiede beim Anteil der umweltbedingten Todesfälle: von 9% in Norwegen bis 27% in Bosnien und Herzegowina. Länderübergreifend seien sozial benachteiligte Personen besonders von den Auswirkungen der Umweltbelastung auf die Gesundheit betroffen. Laut der Studie ist eine Verknüpfung von Umwelt- und Gesundheitspolitik notwendig, um auf diese Weise die Bekämpfung von Umweltrisiken voranzutreiben und einen wichtigen Beitrag für die öffentliche Gesundheit zu leisten.

<https://www.eea.europa.eu/publications/healthy-environment-healthy-lives>

U m w e l t

Kommission; Treibhausgasemissionen sollen bis 2030 um mindestens 55% sinken

Die Kommission hat am 17.09.2020 anlässlich der Rede von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Lage der Union eine Änderung des vorgeschlagenen EU-Klimagesetzes vorgelegt, um das Emissionsreduktionsziel von mindestens 55% bis 2030 als Zwischenziel auf dem Weg zur angestrebten Klimaneutralität bis 2050 festzuschreiben. Die neue Zielvorgabe beruht laut Kommission auf einer umfassenden Folgenabschätzung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen des Gesetzes. Die Kommission ersucht das Parlament und den Rat, dieses Ziel auch als neuen national festgelegten Beitrag der EU im Rahmen des Übereinkommens von Paris zu bestätigen und es dem UNFCCC-Sekretariat bis Jahresende mitzuteilen. Darüber hinaus hat die Kommission die bis Juni 2021 vorzulegenden Legislativvorschläge genannt, mit denen das neue Ziel umgesetzt werden soll. Dazu gehören die Überarbeitung und Ausweitung des EU-Emissionshandelssystems, Anpassung der Lastenteilungsverordnung und des Rahmens für Emissionen aus der Landnutzung, der Ausbau der Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie die Verschärfung der CO₂-Normen für Straßenfahrzeuge.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1599

EP; Abstimmung im Umweltausschuss zum Europäischen Klimagesetz

Am 10. und 11.09.2020 stimmte der Umweltausschuss des EP (ENVI) über die Änderungsanträge zum Vorschlag der Kommission für ein Europäisches Klimagesetz ab. Der Ausschuss fordert verschiedene Verschärfungen des Kommissionsentwurfs. Unter anderem soll das Klimaschutzziel für das Jahr 2030 im Vergleich zum Referenzjahr 1990 auf 60% CO₂-Emissionsminderung erhöht werden. Aktuell verfolgt die EU das Ziel, die Emissionen bis 2030 um 40% zu reduzieren.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200907IPR86512/eu-climate-law-meps-want-to-increase-emission-reductions-target-to-60-by-2030>

Kommission; Kommunale Abwasserbehandlung; Umsetzungsbericht

Am 10.09.2020 kommt die Kommission in ihrem 10. Bericht über die Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser zu dem Ergebnis, dass die Sammlung und Behandlung von Abwasser in den Städten der EU sich insgesamt verbessert, dies jedoch nicht in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen. Aus dem Bericht geht hervor, dass 95% des Abwassers in der EU gesammelt und 88% biologisch behandelt wird. Allerdings würden laut Schlussfolgerung der Kommission über 6% des Wassers nicht ausreichend gereinigt, um den Anforderungen an die biologische Zweitbehandlung zu genügen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1563

Kommission; Verbot von Bleimunition in Feuchtgebieten

Der REACH-Regelungsausschuss hat am 03.09.2020 ein EU-Verbot von Bleimunition in Feuchtgebieten nach einer zweijährigen Übergangsfrist beschlossen. Die Kommission kann die Durchführungsverordnung erlassen, wenn Rat und EU-Parlament binnen drei Monaten keinen Einspruch einlegen.

https://ec.europa.eu/transparency/regcomitology/index.cfm?do=search.documentdetail&Dos_ID=18796&ds_id=64660&version=3&page=1

Kommission; Konsultation; Entwaldung; Zerstörung von Wäldern

Vom 03.09.20 bis 10.12.2020 können interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Initiative der Kommission hinsichtlich der Verringerung der Auswirkungen von in der EU verkauften Erzeugnissen auf die Entwaldung Stellung nehmen. Die Annahme eines entsprechenden Verordnungsentwurfs durch die Kommission ist für das zweite Quartal 2021 geplant. Fast 80% der globalen Entwaldung ist laut Kommission auf die gestiegene Erzeugung von Waren wie Soja, Rindfleisch, Palmöl, Kaffee und Kakao zurückzuführen. Die Kommission will künftig sicherstellen, dass in der EU verkaufte Erzeugnisse nicht in einer die Wälder schädigenden Weise gewonnen werden. Die Generaldirektion Umwelt möchte daher eine Folgenabschätzung durchführen und untersuchen, welche Art von Maßnahmen die EU für bestimmte Erzeugnisse ergreifen sollte. So sollen Unternehmen und Verbraucher in der EU genau wissen, welche Produkte sie kaufen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12137-Minimising-the-risk-of-deforestation-and-forest-degradation-associated-with-products-placed-on-the-EU-market>

Kommission; Konsultation; Bewertung der EU-Vorschriften zum illegalen Holzeinschlag

Zur Bewertung der EU-Vorschriften bezüglich des illegalen Holzeinschlags hat die Kommission eine öffentliche Konsultation initiiert, die bis zum 26.11.2020 laufen wird. Zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags verfügt die EU über zwei zentrale

Rechtsakte. Zum einen die EU-Holzverordnung und zum anderen die Verordnung zur Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor. Bei der Bewertung dieser Rechtsnormen soll untersucht werden, wie beide Rechtstexte weltweit funktioniert haben. Zudem soll geprüft werden, ob diese nationale Bemühungen sinnvoll ergänzen und inwiefern sie relevant, wirksam und effizient sind.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11630-Illegal-logging-evaluation-of-EU-rules-fitness-check->

Kommission; Konsultation; Gemeinsame Nutzung von Geodaten zum Umweltschutz

Am 07.09.2020 hat die Kommission eine Konsultation zur Nutzung von Geodaten lanciert. Im Rahmen dieser Initiative soll bewertet werden, ob die INSPIRE-Richtlinie für einen wirksamen und effizienten Umweltschutz sorgt, ob der Rechtstext für die Interessenträger nach wie vor relevant ist und ob dieser im Einklang mit anderen EU-Rechtsvorschriften, insbesondere der neuen Initiative „Datenraum für den europäischen Grünen Deal“, steht. Die Frist für Rückmeldungen zu dem Fahrplan läuft bis zum 19.10.2020. Für die INSPIRE-Richtlinie wurde ein Online-Portal eingerichtet, über welches die Behörden in der EU Geodaten zur Umwelt austauschen können. Dazu gehören unter anderem gemeinsame Normen für die Erhebung von Daten, z.B. zu Grundwasser, Verkehrsnetzen, Flächennutzung, Lufttemperaturen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12427-Setting-up-an-Infrastructure-for-Spatial-Information-INSPIRE-Evaluation-of-the-Directive>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Öko-Verordnung soll erst 2022 in Kraft treten

EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski hat am 04.09.2020 vorgeschlagen, die Anwendung der neuen Öko-Verordnung um ein Jahr, vom 01.01.2021 auf den 01.01.2022, zu verschieben. Dies hatten zuvor Vertreter der Mitgliedstaaten, parteiübergreifend Abgeordnete des Europäischen Parlaments, darunter der Berichterstatter, MdEP Martin Häusling (Grüne/DEU) aber auch Vertreter von Drittstaaten und Öko-Verbänden gefordert. Die noch zu erlassenden sekundären Rechtsvorschriften zur Ausgestaltung der Öko-Basisverordnung müssten tragfähig sein, weshalb mehr Zeit benötigt werde.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1548

EuGH; Schlussanträge zum Verbot betäubungsloser Schlachtung

Am 10.09.2020 hat Generalanwalt Gerard Hogan in seinen Schlussanträgen in der Rechtssache C-336/19 dargelegt, dass ein flämisches Gesetz, welches die Schlachtung von Tieren ohne Betäubung auch dann verbietet, wenn sie nach speziellen, durch bestimmte religiöse Riten vorgeschriebenen Methoden geschlachtet werden, seiner Auffassung nach unionsrechtswidrig sei. Mitgliedstaaten könnten zwar strengere Gesetze als die unionsrechtlichen Vorschriften erlassen, müssten aber die dort vorgesehene Ausnahme für religiöse Riten beachten. Der EuGH wird sein Urteil auf Grundlage der Schlussanträge fällen, diese sind aber für den Gerichtshof nicht bindend.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=230874&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=1862523>

EuGH; Urteil; geografische Herkunftsangaben; kroatischer Wein

Der EuGH hat mit Urteil am 09.09.2020 in der Rechtssache T-626/17 eine Klage Sloweniens abgelehnt. Darin beantragte Slowenien die Nichtigkeitsklage einer Verordnung, die vorsieht, dass Etiketten kroatischer Weine die Bezeichnung „Teran“ tragen dürfen. Die Klage betraf die sowohl in Slowenien als auch in Kroatien für Wein verwendete Bezeichnung „Teran“. Seit dem Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union durfte dieser Name auf den Etiketten bestimmter slowenischer Weine stehen. Es handelte sich zunächst um einen ergänzenden traditionellen Begriff für Wein aus der Region Karst als „Qualitätswein bestimmter Anbaugebiete“. Später wurde die Bezeichnung als geschützte Ursprungsbezeichnung (g.U.) anerkannt. Da der Name der Keltertraubensorte „Teran“ auch in Kroatien verwendet wird, versuchte die Kommission erfolglos nach dem Beitritt Kroatiens, eine Verhandlungslösung zwischen Kroatien und Slowenien herbeizuführen. Schließlich machte die Kommission fast vier Jahre nach dem Beitritt der Republik Kroatien zur Union von ihrer Befugnis Gebrauch, eine Ausnahme für die Etikettierung zu erlassen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-09/cp200101de.pdf>

Kommission; Konsultation; Aktionsplan zur ökologischen Produktion in der EU

Der Aktionsplan für die Entwicklung der ökologischen Produktion in der EU soll dazu beitragen, die Vorgaben des europäischen Grünen Deals und die Ziele der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ und der „Biodiversitätsstrategie“ umzusetzen. Hierzu hat die Kommission am 04.09.2020 eine Konsultation initiiert. Die Frist für Rückmeldungen für den Aktionsplan endet am 23.10.2020. Die Verabschiedung des angestrebten Aktionsplans durch die Kommission ist für das erste Quartal 2021 geplant. Ziel des Aktionsplans ist u.a., eine ökologische Bewirtschaftung von mindestens 25% der landwirtschaftlichen Flächen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen Investitionen in eine nachhaltige Landwirtschaft und Innovationen gefördert werden. Zudem soll auf das gestiegene Interesse der Verbraucher zu ökologisch produzierten Lebensmitteln eingegangen und die Nachfrage weiter angekurbelt werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12555-Organic-farming-action-plan-for-the-development-of-EU-org>

Kommission; Konsultation; Lebensmittelsicherheit

Am 03.09.2020 hat die Kommission eine Konsultation im Bereich Lebensmittelsicherheit und Pestizideinsatz gestartet. Der Zeitraum für Rückmeldungen zur einschlägigen Durchführungsverordnung zur Lebensmittelsicherheit läuft bis zum 01.10.2020. Aufgrund der EU-Transparenzverordnung über die Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelketten müssen die Vorschriften über die Erneuerung von Zulassungen für Pestizide geändert werden. Die Transparenzverordnung enthält neue Vorschriften zu der Beratung der Antragsteller, in Auftrag gegebenen Studien, öffentlichen Konsultationen zu wissenschaftlichen Studien, der Offenlegung der Anträge und stützenden wissenschaftlichen Studien und Daten, der Vertraulichkeit und den Standarddatenformaten.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12140-Amending-of-the-rules-governing-the-renewal-procedure-for-active-substances-in-view-of-new-Transparency-Regulation->

Kommission; Konsultation; Entwicklung des ländlichen Raums – LEADER-Programm

Die Kommission hat zum LEADER-Programm eine Konsultation gestartet. LEADER ist ein Teil des Fonds für Ländliche Entwicklung ELER. Aktuell soll mit der Konsultation bewertet werden, ob die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) dazu beigetragen hat, die

sozioökonomischen Aspekte der territorialen Entwicklung zu verbessern. Rückmeldungen können bis zum 13.10.2020 eingereicht werden. Die aktuelle Bewertung soll erörtern, ob das LEADER-Programm die wirtschaftliche Entwicklung, die Diversifizierung und die soziale Inklusion gefördert, lokale Dienstleistungen verbessert und das soziale Gefüge in ländlichen Gebieten gestärkt hat.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12487-Evaluation-of-the-impact-of-LEADER-on-balanced-territorial-development>

Kommission; Konsultation; Vision für ländliche Gebiete

Die Kommission (Generaldirektion Landwirtschaft) hat am 07.09.2020 eine Konsultation zu ländlichen Räumen gestartet. Mit Hilfe der Initiative „Eine langfristige Vision für ländliche Gebiete“ soll eine Strategie bis 2040 erarbeitet werden. Interessierte können bis zum 30.11.2020 Rückmeldung geben. Die EU möchte so eine Debatte über die Zukunft dieser Gebiete und deren Rolle in unserer Gesellschaft ins Rollen bringen. Dazu soll der Meinungsstand zu verschiedenen Herausforderungen ermittelt werden, wie z.B. dem demografischen Wandel, der Anbindung, dem niedrigen Einkommensniveau und dem begrenzten Zugang zu Dienstleistungen. Zusätzlich sollen innovative, inklusive und nachhaltige Lösungen vor dem Hintergrund des Klimawandels, des digitalen Wandels und der COVID-19-Krise ausgelotet werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12525-Long-term-vision-for-rural-areas>

Justiz

EuGH; Urteil in den verbundenen Rechtssachen C-449/18 P EUIPO / Messi Cuccittini und C-474/18 P J.M.-E.V. e hijos / Messi Cuccittini

Der Gerichtshof der Europäischen Union weist in seinem Urteil vom 17.09.2020, die Rechtsmittel zurück, die das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) und ein spanisches Unternehmen gegen das Urteil des Gerichts eingelegt haben, mit dem dem Fußballspieler Lionel Messi die Eintragung der Marke „MESSI“ für Sportartikel und Sportbekleidung gestattet wurde.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231203&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2549069>

EuGH; keine Unionsmarke „Adlon“ für Sanitärarmaturen

Der EuG hat am 09.09.2020 in der Rechtssache T-144/19 (Kludi / EUIPO) entschieden, dass bei Gebrauch der Unionsmarke „Adlon“ für Sanitärarmaturen die Gefahr einer unlauteren Ausnutzung der Wertschätzung der älteren gleichnamigen Marke des Luxushotels Adlon in Berlin besteht. Der deutsche Sanitärproduktehersteller Kludi hatte 2012 beim Amt der Europäischen Union für Geistiges Eigentum (EUIPO) die Eintragung des Zeichens „Adlon“ als Unionsmarke für Badarmaturen beantragt. Dagegen erhob das deutsche Unternehmen Adlon Brand Widerspruch. Es machte geltend, dass die angemeldete Marke „Adlon“ für Sanitärarmaturen die Bekanntheit ihrer seit 2005 eingetragenen Unionsmarke „Adlon“ ausnutze, die das Hotel Adlon Kempinski in Berlin aufgrund einer Lizenz nutze. Das EUIPO gab dem Widerspruch statt und wies die Anmeldung von Kludi zurück. Gegen die Entscheidung des EUIPO hatte Kludi Klage beim EuG erhoben. Das Gericht hat sich der Auffassung des EUIPO angeschlossen. Es gebe einen gewissen Grad an Nähe zwischen den Waren von Kludi einerseits und den Dienstleistungen des Hotels andererseits. Auf dem Markt für Sanitärprodukte zögen die Waren durch die

Verknüpfung mit dem Hotel Adlon die Aufmerksamkeit des Verbrauchers auf sich und hätten so einen wirtschaftlichen Vorteil gegenüber den Waren der Wettbewerber.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=230801&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2700974>

Kommission; Konsultation zur EU-Strategie für die Rechte des Kindes

Die Kommission hat am 01.09.2020 eine öffentliche Konsultation zur EU-Strategie für die Rechte des Kindes gestartet. Unter Kindern werden hierbei alle unter 18-Jährigen verstanden. Die künftige Strategie soll eine Liste von Maßnahmen enthalten, die die Kommission im Laufe ihres Mandats durchführen will, sei es in Form von strategischen Maßnahmen, Projektfinanzierungen oder Rechtsvorschriften. Ferner wird diese Empfehlungen für Maßnahmen anderer Organe und Einrichtungen der EU, der Mitgliedstaaten und von Interessenträgern beinhalten. Im Fokus werden die folgenden Themengebiete stehen: Rechte der schutzbedürftigsten Kinder; Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Kinder; Kinderrechte im digitalen Zeitalter; Förderung einer kinderfreundlichen Justiz. Rückmeldungen sind bis 08.12.2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12454-Delivering-for-children-an-EU-strategy-on-the-rights-of-the-child/public-consultation>

I n n e r e s

Kommission: Vorschlag einer vorläufigen Verordnung zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vorgelegt

Am 10.09.2020 legte die Kommission den Vorschlag einer vorläufigen Verordnung über die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern vor. Diese Verordnung soll es Kommunikationsdienstleistern ermöglichen, weiterhin freiwillig zur Aufdeckung und Entfernung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet beizutragen. Zugleich soll die Verordnung dazu beitragen, die Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten zu gewährleisten. Der Verordnungsentwurf wurde vorgelegt, um eine Regelungslücke zu schließen, die sich mit Blick auf das Inkrafttreten des Europäischen Kodex für die elektronische Kommunikation ergab. Danach fallen etwa Webmail oder Messaging-Dienste in den Anwendungsbereich der sogenannten e-Privacy-Richtlinie. Diese enthält jedoch bislang keine Rechtsgrundlage für die freiwillige Datenverarbeitung zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet. Die vorläufige Verordnung soll bis zum 31.12.2025 in Kraft bleiben. Auch sind die Arbeiten zur neuen ePrivacy-Verordnung noch nicht abgeschlossen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020PC0568&qid=1600092910247&from=DE>

Frontex: Rückgang der illegalen Grenzübertritte im August gegenüber Juli

Am 10.09.2020 legte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache aktuelle Zahlen zu den Grenzübertritten in den ersten acht Monaten dieses Jahres vor. Nach einem Anstieg der Zahlen in den vergangenen Monaten sei die Zahl der illegalen Grenzübertritte im August um 30% gegenüber dem Vormonat auf 9.200 zurückgegangen. Die Zahl aller Grenzübertritte im Jahr 2020 bleibe mit 60.800 jedoch weiterhin um 14% hinter den Zahlen des Vorjahreszeitraums zurück. Auf der zentralen Mittelmeerroute sei die Zahl der illegalen Grenzübertritte im August um ein Drittel auf 4.800 gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Insgesamt seien in diesem Jahr bereits 20.600 Menschen, mehrheitlich aus Tunesien und Bangladesch, eingereist.

Dies entspreche einer Verdreifachung gegenüber dem Vorjahreszeitraum, in dem die Zahlen jedoch sehr niedrig gewesen seien. Auf der westlichen Mittelmeerroute sei ein Rückgang der Zahl der illegalen Grenzübertritte um 7% gegenüber dem Vormonat auf 1.600 zu verzeichnen gewesen. Trotz des Anstiegs in den vergangenen Monaten liege die Gesamtzahl der illegalen Grenzübertritte auf dieser Route im Jahr 2020 mit 8.200 bei etwa der Hälfte des Vorjahreszeitraums. Menschen aus Algerien machten nahezu zwei Drittel der illegalen Migranten auf der westlichen Mittelmeerroute aus, was einer Versechsfachung gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspreche, gefolgt von Menschen aus Marokko. Auf der östlichen Mittelmeerroute seien im August nach jüngsten Angaben 900 illegale Grenzübertritte erfasst worden, was in etwa der Zahl des Vormonats entspreche. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte sei auf dieser Route im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um beinahe zwei Drittel auf etwa 14.200 zurückgegangen. Den größten Anteil illegaler Migranten machten auf dieser Route Menschen aus Afghanistan, Syrien und der Türkei aus. Auf der Westbalkanroute seien im August 1.500 illegale Grenzübertritte und damit 32% weniger als im Vormonat registriert worden. Mit fast 13.350 Übertritten auf der Westbalkan-Route seien im Jahr 2020 bislang nahezu doppelt so viele illegale Grenzübertritte registriert worden wie im Vorjahreszeitraum, auch auf dieser Route stammten die meisten illegalen Migranten aus Syrien und Afghanistan.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/situation-at-eu-external-borders-illegal-crossings-down-in-august-3fHR48>

Kommission; weitere Hilfsgüter an Libanon nach Explosion in Beirut geliefert

Am 12.09.2020 gab die Kommission die erfolgreiche Durchführung eines Fluges im Rahmen der humanitären Luftbrücke der EU in den Libanon bekannt. Mit dem vierten Flug im Rahmen der humanitären Luftbrücke in Reaktion auf die verheerende Explosion im Hafen von Beirut am 04.08.2020 seien weitere 30 Tonnen unverzichtbarer Hilfsgüter bereitgestellt worden. Die Güter seien von der portugiesischen Agentur für Zusammenarbeit (Camões) und der deutschen Nichtregierungsorganisation Orienthelfer gespendet worden. Insgesamt seien im Rahmen der von der EU organisierten und finanzierten Flüge bereits 84 Tonnen an Hilfsgütern in den Libanon transportiert worden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1637

Kommission; Hilfsgüter nach Brand im Lager Moria nach Lesbos geliefert

Am 14.09.2020 gab die Kommission die Lieferung von Hilfsgütern auf die griechische Insel Lesbos durch DNK, AUT, FIN, SWE und DEU bekannt. Für die Lieferung seien von den genannten Mitgliedstaaten Zelte, Decken, Winterausrüstung und Schlafsäcke in Aussicht gestellt worden. Die griechische Regierung hatte im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens um Hilfe ersucht. Aufgrund eines ausgebrochenen Feuers in der Nacht vom 08. auf den 09.09.2020 war das Flüchtlingslager Moria auf der Insel Lesbos nahezu vollständig zerstört worden. Zu jenem Zeitpunkt sollen sich noch etwa 13.000 Menschen in dem Lager aufgehalten haben.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200914-hilfslieferungen-lesbos_de

EP; Bericht zur Änderung des EU-Katastrophenschutzverfahrens angenommen

Am 16.09.2020 nahm das Plenum des EP mit großer Mehrheit (617:52:23) einen Bericht von MdEP Nikos Androulakis (S&D/GRI), Berichterstatter im federführend zuständigen Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP an, der eine Stärkung des EU-Katastrophenschutzverfahrens vorsieht. Der Bericht ergänzt den Bericht des ENVI vom 05.03.2020, in dem bereits eine Aufstockung der Mittel für das EU-Katastrophenschutzverfahren gefordert worden war. Nicht zuletzt als Reaktion auf die

Covid-19 Pandemie hatte die Kommission am 02.06.2020 einen Vorschlag zur Änderung des Beschlusses über das EU-Katastrophenschutzverfahren vorgelegt. Der Bericht greift einige der Änderungsvorschläge der Kommission auf. Sowohl die COVID-19 Pandemie als auch Katastrophen wie die verheerenden Waldbrände in den vergangenen Jahren hätten deutlich gemacht, dass das bestehende Verfahren an seine Grenzen stoße, wenn mehrere oder gar alle Mitgliedstaaten zugleich von einer Katastrophe betroffen seien.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0218_DE.pdf

Kommission: Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025 vorgelegt

Am 18.09.2020 präsentierte die Kommission ihre Mitteilung „Eine Union der Gleichheit: EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020-2025“, die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union am 16.09.2020 bereits angekündigt hatte. Der Aktionsplan soll Akteure auf allen Ebenen zusammenbringen, um Rassismus in Europa wirksamer zu bekämpfen. Dazu sieht der Aktionsplan zunächst eine bessere Durchsetzung und Evaluierung des EU-Rechtsrahmens zur Bekämpfung von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Darüber hinaus sollen ein Anti-Rassismus-Koordinator den regelmäßigen Dialog aller Interessenträger gewährleisten und mit den Mitgliedstaaten (MS), dem EP, der Zivilgesellschaft, Hochschulen und der Kommission zur Stärkung der Maßnahmen zur Rassismusbekämpfung zusammenarbeiten. Die MS werden im Plan ermutigt, bis Ende 2022 nationale Aktionspläne zur Bekämpfung von Rassismus und Rassendiskriminierung zu verabschieden. Zudem sollen die MS mit Unterstützung der EU-Agenturen ihre Anstrengungen zur Bekämpfung diskriminierender Einstellungen in den Strafverfolgungsbehörden intensivieren. Die Kommission plant weiter gezielte Maßnahmen bei Einstellungs- und Auswahlverfahren der EU, um die Vielfalt ihrer eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erhöhen. Auch andere Organe und Einrichtungen der EU seien aufgefordert, entsprechende Schritte zu unternehmen. Durch Medien, Bildung, Kultur und Sport sollen eine verstärkte Sensibilisierung und wirksame Bekämpfung von Stereotypen in Bezug auf Rasse und ethnische Herkunft unterstützt werden, zudem sollen nach Rasse und ethnischer Herkunft aufgeschlüsselte Daten künftig besser erhoben werden. Alljährlich soll die Auszeichnung einer europäischen Hauptstadt bzw. europäischer Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt vergeben werden. Für das Frühjahr 2021 ist laut Aktionsplan ein Gipfel gegen Rassismus geplant.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/a_union_of_equality_eu_action_plan_against_racism_2020_-2025_de.pdf

Bildung und Kultur

Kommission; Kultur; Auswirkungen der Corona-Krise auf Städte im Kulturbereich

In dem Bericht „European Cultural and Creative Cities in COVID-19 times - Jobs at risk and the policy response“ untersucht die Gemeinsame Forschungsstelle (Joint Research Centre, JRC) der Kommission die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitsmarktsituation im Kultur- und Kreativsektor (KKS) in europäischen Städten mit hohem kulturellem Potential. Grundlage der Untersuchung sind die Top 30% der 190 Städte, deren kulturelles Potential im „Cultural and Creative Cities Monitor 2019“ bewertet wurden. Neben dem Tourismussektor sei die Kulturbranche mit am meisten von den negativen Auswirkungen der Corona-Krise betroffen, wenngleich die Auswirkungen nicht leicht zu quantifizieren seien. Unter anderem widmet sich der

Bericht der Frage, welches die verletzlichsten Bereiche des KKS sind und welche Lehren aus der Krise für künftige politische Maßnahmen gezogen werden können, um die Kultur- und Kreativbranche langfristig resilienter zu machen. Der Bericht formuliert eine Reihe von Empfehlungen an die KKS-Akteure. Dazu gehört die branchenübergreifende Kooperation, die Entwicklung neuer Event-Formate (z.B. digital) und das Anbahnen neuer Partnerschaften im öffentlichen wie auch im privaten Bereich.

https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC120876/kjna30249enn_1.pdf

Kommission; Jugend; Erasmus+-Mittel

Die Kommission hat am 25.08.2020 eine Überarbeitung des Arbeitsprogramms Erasmus+ für das Jahr 2020 beschlossen. Es werden zusätzlich 200 Mio. EUR zur Förderung der digitalen Bildung und Ausbildung, zur Kompetenzentwicklung und zur Integration durch Kreativität und Kunst zur Verfügung gestellt. Die Kommission stellt als Ausgangslage fest: Die COVID-19- Pandemie erfordert neue innovative und kreative Lehr- und Lernmethoden. Mit dem neuen Arbeitsprogramm soll somit die Digitalisierung in Schulen, Hochschulen und Berufsschulen unterstützt werden, um neue Lehr- und Lernmethoden voranzutreiben. Es handelt sich um einen außerordentlichen Aufruf zur Einreichung von Anträgen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200814-eu-staerkt-digitale-bildung-im-programm-erasmus_de

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; TikTok tritt EU-Verhaltenskodex gegen Hetze im Netz bei

Die Kommission hat am 08.09.2020 mitgeteilt, dass die Plattform TikTok dem EU-Verhaltenskodex gegen illegale Hetze im Netz beitrifft. Die Videoplattform ist das neunte Unternehmen, das sich verpflichtet hat, Meldungen illegaler Hassreden in weniger als 24 Stunden zu prüfen und den Zugang zu solchen Inhalten gegebenenfalls zu entfernen bzw. zu deaktivieren. Facebook, Microsoft, Twitter, YouTube, Instagram, Snapchat, Dailymotion und Jeuxvideo.com haben den Kodex bereits unterzeichnet. Die Kommission hält das Instrument grundsätzlich für wirksam. Nach ihrer fünften Bewertung der Umsetzung des Kodex, die am 22.06.2020 veröffentlicht worden ist (vgl. BaB 13/2020), führt der Verhaltenskodex dazu, dass Technologieunternehmen 90% der markierten Inhalte innerhalb von 24 Stunden bewerten und 71 Prozent der Inhalte, die als illegale Hassreden gelten, entfernen. Die Kommission mahnt allerdings auch immer wieder an, dass die Unternehmen die Rückmeldung an die Nutzer, die Inhalte melden, verbessern und für mehr Transparenz hinsichtlich der Mitteilungen und der Entfernung von Inhalten sorgen müssen.

https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-counterung-illegal-hate-speech-online_en#theeucodeofconduct

Kommission; Bewertung des Verhaltenskodex gegen Desinformation

Die Kommission hat am 10.09.2020 einen Bericht über die Umsetzung des Verhaltenskodex gegen Desinformation veröffentlicht. Sie hat die Wirkung des Kodex in den ersten zwölf Monaten seines Bestehens untersucht. Zu den ersten Unterzeichnern gehörten im Oktober 2018 u.a. Facebook, Google und Twitter. Die Kommission kommt zwar zu dem Ergebnis, dass der Kodex ein wertvolles Instrument sei, das einen Rahmen für einen strukturierten Dialog mit den relevanten Akteuren

geschaffen habe. Dadurch seien Transparenz und Verantwortlichkeit von Plattformen bei der Bekämpfung von Desinformationen gestärkt worden. Der Kodex habe auch konkrete Maßnahmen bei den Akteuren bewirkt. Nichtsdestotrotz bestehe aber Raum für Verbesserungen. Die Kommission sieht Mängel v.a. aufgrund des selbstregulierenden Charakters des Kodex. Sie bemängelt das Fehlen von Leistungsindikatoren, gemeinsamen Definitionen, klareren Verfahren und umfassenderen Verpflichtungen. Insbesondere kritisiert die Kommission den fehlenden Zugang zu Daten, der eine unabhängige Evaluierung erschwere. So sei es derzeit schwierig, die Rechtzeitigkeit und die Wirkung der Maßnahmen der Unterzeichner zu analysieren, da die Kommission und die nationalen Behörden auf den guten Willen der Plattformen, Daten zu teilen, angewiesen seien. Deshalb sollte ein strukturierteres Modell der Zusammenarbeit zwischen den Plattformen und Akteuren der Wissenschaft entwickelt werden. Ein pragmatischer Ansatz zur Erhöhung der Verantwortlichkeit der Plattformen könne auch ein Monitoring-Programm sein.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/assessment-code-practice-disinformation-achievements-and-areas-further-improvement>

EU – Förderprogramme

Kommission; Aufruf im Programm zur Förderung von Unterstützungsmaßnahmen für besonders benachteiligte Personen

Noch bis zum 15.10.2020 besteht die Möglichkeit, sich an dem Aufruf der Kommission im Programm für Beschäftigung und Soziale Innovation „EaSI“ zur Einreichung von Projektvorschlägen zu beteiligen. Mit dem aktuellen Aufruf will die Kommission Projekte fördern, die folgende Maßnahmen umfassen: Die Einrichtung der notwendigen Strukturen und der Aufbau von Kapazitäten auf lokaler und regionaler Ebene zur Durchführung integrierter Dienstleistungen für besonders benachteiligte Personen. Außerdem kann eine Maßnahme unterstützt werden, die die Kontaktaufnahme zu bedürftigen Personen oder Haushalten, zu denen bislang die Kontaktaufnahme schwierig war, mit innovativen Methoden erleichtern kann. Die Mindestanzahl von Personen, die durch das Vorhaben erreicht werden sollen, beträgt 300. Es ist ein integriertes Konzept vorzulegen, das die Bereiche finanzielle Sozialleistungen, personalisierte Sozialdienstleistungen und arbeitsmarktbezogene Unterstützungsangebote beinhalten muss. Direkte Zahlungen an den betroffenen Personenkreis werden durch die Kommission nicht gefördert. Die Projektergebnisse sollen auf lokaler, regionaler, nationaler sowie europäischer Ebene weiterverbreitet werden. Konsortien aus öffentlichen sowie privatrechtlichen Einrichtungen, wobei der Antragsteller eine öffentliche Einrichtung sein muss, sind antragsberechtigt. Die Laufzeit der Projekte beträgt 30 Monate. Insgesamt sind für diesen Aufruf 10 Mio. EUR vorgesehen, es sollen etwa 8 Projekte gefördert werden. Die Ko-Finanzierungsrate liegt bei 80% der förderfähigen Projektkosten, die restlichen 20% müssen vom Antragsteller aus eigenen oder anderen Mitteln (keine weiteren EU-Mittel!) gedeckt werden. Anträge müssen über das elektronische Antragssystem SWIM und zusätzlich per Post oder Kurier eingereicht werden. Mit den Projekten kann voraussichtlich im April 2021 begonnen werden.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=629&langId=en&callId=603&furtherCalls=yes>

Kommission; Anmeldung für den Übersetzungswettbewerb 2020 an Schulen freigegeben

Die Kommission hat am 02.09.2020 den Übersetzungswettbewerb „Juvenes Translatores“ gestartet, der in jedem Jahr für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe aus ganz Europa ausgerichtet wird. Die Anmeldung interessierter Schulen erfolgt online und ist bis zum 20.10.2020 möglich. In dem Text, den die teilnehmenden Jugendlichen in diesem Jahr übersetzen müssen, geht es darum, dass schwierige Zeiten besser mit vereinten Kräften zu meistern seien, teilt die Kommission in ihrem Aufruf mit. Die Teilnehmenden können beliebig aus einer der 24 EU-Amtssprachen in eine andere übersetzen. Die Anmeldung für Schulen – der erste Schritt des zweistufigen Verfahrens – erfolgt durch die jeweiligen Lehrkräfte. Danach will die Kommission 705 Schulen zur nächsten Runde einladen. Die Anzahl der jeweiligen Schulen soll der jeweiligen Anzahl der Sitze des Landes im EP entsprechen. Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler müssen im Jahr 2003 geboren und an der jeweiligen Schule angemeldet sein. Der Wettbewerb soll am 26.11.2020 online in allen teilnehmenden Schulen stattfinden. Die Gewinner, jeweils eine Schule pro Land, sollen Anfang Februar 2021 bekannt gegeben und die Gewinner sollen im Frühjahr 2021 von der Kommission zu einer Preisverleihung nach Brüssel eingeladen werden. Die Kommission erstattet die Reise- und Unterbringungskosten für jeweils einen Preisträger/eine Preisträgerin, eine erwachsene Begleitperson und eine Lehrkraft pro Land.

https://ec.europa.eu/info/education/skills-and-qualifications/develop-your-skills/language-skills/juvenes-translatores_de

V e r a n s t a l t u n g e n

Basel III-Reformen: Herausforderungen und Chancen für die Mittelstandsfinanzierung

Am 08.09.2020 fand eine Online-Veranstaltung mit zwei Diskussionsrunden zum Thema „Basel III-Reformen: Herausforderungen und Chancen für die Mittelstandsfinanzierung“ aus der Hessischen Landesvertretung in Brüssel statt. Eingeladen hatten der Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL), Kai Ostermann, und der Außenwirtschaftschef und Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Dr. Volker Treier. Zu der Veranstaltung begrüßte die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich. Dabei verwies die Ministerin auf die große Bedeutung der Banken bei der Finanzierung des Mittelstands. Im ersten Panel, das von Dr. Claudia Conen, Hauptgeschäftsführerin, Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen (BDL), moderiert wurde, ging es um die Frage, inwieweit die Basel III-Reformen eine Gefahr für die Mittelstandsfinanzierung bedeuten. Dabei wurde auch betont, dass nicht nur die Banken, sondern insbesondere auch die Leasing-Gesellschaften von der Umsetzung der Baseler Vorschriften betroffen seien. Teilweise geschehe dies unmittelbar und teilweise auch mittelbar über die Finanzierungsabhängigkeit der Leasing-Gesellschaften von Banken. Da die Leasing-Gesellschaften relativ risikoarm seien und überwiegend sehr kleine Einheiten darstellen, müsse dies auch bei der Regulierung berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Pandemie müssten – so ein Vertreter der Kommission – die Auswirkungen des Baseler Kompromisses neu evaluiert werden. Die zweite Panelrunde zu Chancen für die Mittelstandsfinanzierung im Kontext der aktuellen Banken- und Verbriefungsregulierung moderierte Dr. Volker Treier, Außenwirtschaftschef und Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Deutscher Industrie-

und Handelskammertag (DIHK). Dabei wurde herausgestellt, dass die entscheidende Problematik bei den Verbriefungen in der unterschiedlichen Handhabung in Europa liege. Es bedürfe einer Synchronisierung für den Verbriefungsmarkt, der dann einheitliche regulatorische Standards aufweisen würde. Zudem müsse der Verbriefungsmarkt breit gefächert sein. Das bedeute, es müsse einen Markt sowohl für risikoarme als auch für risikoreichere Produkte geben, um die Bilanzen der Banken auch von riskanteren Papieren entlasten zu können.

Hessens Livestream: Digitalisierung als epochale Herausforderung

Auf Einladung der Hessischen Europaministerin Lucia Puttrich, sprach Prof. Dr. Hein, Mitglied der Steuerungsgruppe des Rats für Digitaethik der Hessischen Landesregierung und ehemaliger Bischof der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, am 09.09.2020 in der Hessischen Landesvertretung über die epochalen Herausforderungen, die zu bewältigen sind, um den digitalen Wandel zu meistern und dabei nicht nur die technischen, sondern auch die gesellschaftlichen Interessen und Fragestellungen zu berücksichtigen. Die Livestream-Veranstaltung fand im Rahmen der Reihe „Europa im Gespräch“ statt und wurde von Franziska Broich, der EU-Korrespondentin der Katholischen Nachrichten-Agentur Brüssel, moderiert. Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich erklärte in ihrer Begrüßung, dass die Digitalisierung durch die Corona-Krise an Bedeutung gewinne. Die Digitalisierung sei aber nicht nur eine technische Entwicklung, sondern berühre auch wichtige ethische Fragen. Die Hessische Digitalministerin, Prof. Dr. Kristina Sinemus, hielt in ihrem Impuls fest, dass es sich bei der Digitalisierung um einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel handle, der die Lebenswirklichkeit der europäischen Bürger in Zukunft weiter stark beeinflussen werde. Bei allen Überlegungen zur Gestaltung der digitalen Welt müsse klar sein, dass die Digitalisierung dem Menschen dienen müsse und nicht umgekehrt. Daher habe man die 22 Mitglieder des Rates für Digitaethik so ausgewählt, dass sie die gesamte Breite der Gesellschaft widerspiegeln. Prof. Dr. Hein konzentrierte sich zunächst auf die Frage der Teilhabegerechtigkeit. Es sei eine ethische Frage, wenn der Zugang zu den Chancen der Digitalisierung ungleich verteilt sei. Probleme bestünden beispielsweise bei Menschen mit Migrationshintergrund, älteren Menschen, aber auch bei der Geschlechtergerechtigkeit, da in der Regel Männer stärker von der Digitalisierung als Frauen profitieren. Die Coronakrise habe auf der einen Seite gezeigt, dass das Homeoffice viele Vorteile mit sich bringe, z.B. für die Verbindung von Berufs- und Privatleben. Andererseits seien die Erwartungen an die Erreichbarkeit gestiegen. Nicht zu unterschätzen sei auch, dass das Homeoffice eine zunehmende Gefahr der Vereinzelung mit sich bringe. Die soziale Distanz sei auch im Sinne der christlichen Nächstenliebe problematisch. Gute Seelsorge setze immer auch physische Begegnung voraus. Beim Thema Künstliche Intelligenz müsse die Entscheidungsfähigkeit des Menschen als hohes Gut bewahrt werden. Die Grenze der Künstlichen Intelligenz liege dort, wo sie beginne, die Freiheit des Menschen zu beschränken. Die größte konkrete Herausforderung der Digitalisierung der nächsten fünf Jahre sieht Prof. Dr. Hein jedoch in der Herstellung von Bildungsgerechtigkeit. Auf Nachfrage aus dem Zuschauerkreis hielt der ehemalige Bischof fest, dass der Rat für Digitaethik keine politischen Vorgaben erhalte. Die Themen identifiziere er entsprechend der Heterogenität der Mitglieder. Es handle sich also um eine Art Diskursethik. Kirchenvertreter hätten dabei keinen automatischen Vorrang.

Hessens-Livestream: Gestärkt aus der Krise?

Mit dem Ausbruch der COVID-19 Pandemie ist eine weltweite Krise ausgebrochen, die die EU und ihre Mitgliedstaaten vor große Herausforderungen stellt. Dies steigert die ohnehin großen Erwartungen an die aktuell laufenden Verhandlungen zum

Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und dem Europäischen Wiederaufbauplan. Welche Impulse bietet dieser für nachhaltige Beschäftigung und was benötigt die Industrie? Dies diskutierten im Rahmen des Expertengesprächs Sozialpolitik am 10.09.2020 MdEP Rasmus Andresen (Grüne/DEU), Verhandlungsführer der Grünen/EFA-Fraktion im EP zum MFR, Barbara Kauffmann, Direktorin in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Internationales und Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands HessenChemie. Nachdem die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich in ihrer Begrüßung die Relevanz des Themas hervorgehoben hatte, berichtete MdEP Andresen aus den laufenden Verhandlungen zum MFR und hob die Geschlossenheit des EP hervor, sich für eine Erhöhung des Budgetvorschlages für die Zukunftsfelder Forschung, Digitalisierung und Klimaschutz einzusetzen. Dabei bezeichnete er die Gespräche als konstruktiv, stellte aber klar, dass sich der von der Deutschen Ratspräsidentschaft angestrebte Kompromiss bis zum 18.09.2020 kaum erreichen ließe. Im Hinblick auf die europäische Sozialpolitik hob die Barbara Kauffmann hervor, dass große Krisen auch Zeiten großer Solidarität seien. Positiv führte sie den gefundenen Mix aus Zuschüssen und Krediten an und unterstrich die Wichtigkeit der Bereiche Soziales, Weiterbildung und Kompetenzen. Aus Perspektive der Kommission gingen mit der grünen und digitalen Gestaltung der Zukunft der EU auch soziale Aspekte einher. Zugleich verwies sie darauf, dass neben den Finanzmitteln auch andere Maßnahmen der Krisenüberwindung wirksam seien. Beispielsweise die von der Kommission ermöglichte Flexibilisierung von europäischen Vorgaben im Bereich Beihilfe und Fondsnutzung. Als besonders wirksam zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit bezeichnete sie das Instrument der Kurzarbeit. So sei in der EU während der Pandemie die Arbeitslosigkeit um lediglich 0,6% gestiegen, während sich diese in den USA vervierfacht habe. Dirk Meyer brachte die Perspektive der Industrie ein. Hierbei sprach er sich für ein Belastungsmoratorium für EU-Regulationen aus. Man dürfe die Kapazitäten der Industrie beim Weg aus der Krise nicht durch bürokratische Last erschweren. Dabei führte er auch die Unterscheidung krisenbezogener und dauerhafter Maßnahmen in die Diskussion ein. So gebe es Instrumente und Lösungen, die im Moment der Krise richtig seien, jedoch nicht für den Regelfall dienen würden. Differenziert wurde die durch den Moderator Hendrik Kafsack (EU-Korrespondent der F.A.Z.) aufgeworfene Frage diskutiert, ob mehr Geld auch ohne Einforderung von Strukturreformen den Krisenländern zu Gute kommen dürfe. Hier rief Dirk Meyer in Erinnerung, dass die Staaten mit nachhaltiger Haushaltsführung gerade jetzt in der Krise auch mehr finanzielle Gestaltungsräume aufwiesen. MdEP Rasmus Andresen führte aus, dass die Pandemie die Verflechtung der EU-Staaten deutlich aufzeige. Auch DEU sei daher letzten Endes abhängig von der sozialen Lage in anderen Mitgliedstaaten. In diesem Kontext plädierte er für eine Unterscheidung zwischen Strukturreformen und Haushaltskürzungen und warb für eine europäische Investitionspolitik. Barbara Kauffmann sah in Kriseninstrumenten auch einen potentiellen Anreiz für Strukturreformen. So hätte SURE, das Rückversicherungsinstrument zur Finanzierung von Kurzarbeit, in einigen Mitgliedstaaten überhaupt erst dazu geführt, die Möglichkeit zur Kurzarbeit einzuführen.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

24./25.09.2020 Sonder-Europäischer Rat
Binnenmarkt und Industrie
Digitaler Wandel
Beziehungen zur Türkei
Pandemiebedingte Lage/Covid-19-Situation
Beziehungen mit China

Rat

20./21.09.2020 Informeller Rat für Handelspolitik
WTO-Reform
Auswirkungen der Pandemie

21.09.2020 Rat Landwirtschaft und Fischerei
Handelsbezogene Fragen
Reformpaket zur Gemeinsamen Agrarpolitik

21.09.2020 Rat Auswärtige Angelegenheiten
Aktuelle Entwicklungen
Libyen
Beziehungen EU-Afrikanische Union
Lage in Belarus

22.09.2020 Rat Allgemeine Angelegenheiten
Mehrjähriger Finanzrahmen
Pandemiesituation
Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich
Legislative Programmplanung
Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen und Ungarn

24.09.2020 Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt und Industrie)

25.09.2020 Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Forschung)
Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa
Spezifisches Programm Horizont Europa

28.09.2020 Rat für Verkehr, Telekommunikation, Energie (Verkehr)

30.09./01.10.2020 Informeller Rat für Umwelt

Europäische Kommission

- 23.09.2020 Sitzung der Kommission in Brüssel
- Jährlicher Bericht zur Rechtsstaatlichkeit in der Union (vsl.)
Aktionsplan zur Kapitalmarktunion
Ein neuer Pakt zu Migration und Asyl
Paket zur Digitalen Finanzpolitik:
 FinTech-Strategie
 Gesetzesvorschläge zu Crypto-Assets
 Widerstandsfähigkeit im digitalen Finanzbereich
- Strategie zu Zahlungen im Einzelhandel
Aktionsplan zur Zollunion
- 30.09.2020 Sitzung der Kommission in Brüssel
- Aktionsplan zur Digitalen Bildung
Vollendung des Europäischen Bildungsraums
Mitteilung zur Zukunft von Forschung und Innovation sowie zum Europäischen Forschungsraum

Ausschuss der Regionen

- 22.09.2020 CIVEX-Sitzung
- Governance vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise (Debatte)
 - Situation in Belarus (Debatte)
- 24.09.2020 COTER-Sitzung
- Herausforderungen für den öffentlichen Nahverkehr in Städten und Metropolregionen (Abstimmung)
 - Eine verstärkte und erneuerte Partnerschaft mit den Gebieten in äußerster Randlage der EU (Abstimmung)
 - Der Beitrag der EU-Kohäsionspolitik zu einem intelligenten und innovativen wirtschaftlichen Wandel der Regionen vor dem Hintergrund der Covid 19 Krise (Abstimmung)
 - Paket REACT-EU (Orientierungsdebatte)
 - Grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen in Europa (Meinungsaustausch)
- 29.09.2020 ECON-Sitzung
- Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung (Abstimmung)
 - Überprüfung der Handelspolitik (Meinungsaustausch)
 - Entwicklungen in den künftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und GBR und die neue Reserve für die Anpassung an den Brexit (Meinungsaustausch)

- Europäischer Aufbauplan: Die Aufbau- und Resilienzfähigkeit und das Instrument für technische Unterstützung (Orientierungsdebatte)

01.10.2020

SEDEC-Sitzung

- Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz (Meinungsaustausch)
- Förderung der Jugendbeschäftigung: eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

- 21.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-742/19 (Ministrstvo za obrambo): Vergütung von Wachdienst bei der Armee
- 22.09.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-594/18 P (Österreich / Kommission): Staatliche Beihilfen für das britische Kernkraftwerk Hinkley Point C
- 22.09.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-724/18 (Cali Apartments) und C-727/18 (Procureur général près la cour d'appel de Paris und Ville de Paris): Genehmigungspflicht für Kurzzeitvermietung von möbliertem Wohnraum
- 22.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-487/19 (W. Ż. (Kammer für außerordentliche Überprüfung des polnischen Obersten Gerichts - Ernennung)): Richterliche Unabhängigkeit
- 22.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-508/19 (Prokurator Generalny (Disziplinarkammer des polnischen Obersten Gerichts – Ernennung)): Richterliche Unabhängigkeit
- 23.09.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-777/18 (Vas Megyei Kormányhivatal (Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung)): Erstattung der Kosten einer medizinischen Behandlung im Ausland
- 23.09.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-83/19 (Asociația „Forumul Judecătorilor Din România“), C-127/19 (Asociația „Forumul Judecătorilor Din România“ und Asociația Mișcarea Pentru Apărarea Statutului Procurorilor) und C-195/19 PJ sowie in den Rechtssachen C-291/19 SO, C-355/19 (Asociația „Forumul Judecătorilor din România“ u. a.) und C-397/19

(Statul Român – Ministerul Finanțelor Publice):
Rechtsstaatlichkeit in Rumänien

- 23.09.2020 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-411/17 (Landesbank Baden-Württemberg / CRU), T-414/17 (Hypo Vorarlberg Bank / CRU) und T-420/17 (Portigon / CRU): Beiträge zum Einheitlichen Abwicklungsfonds
- 23.09.2020 Urteil des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-515/13 RENV (Spanien / Kommission (Lico Leasing und Pequeños y Medianos Astilleros Sociedad de Reconversión / Kommission): Staatliche Beihilfen - Spanisches True-Lease-Modell für Schiffskäufe
- 24.09.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-223/19 (YS (Betriebsspenden für Führungskräfte)): Einbehalt eines Pensionssicherungsbeitrags in Österreich bei Betriebsspenden, die in Form einer direkten Leistungszusage vereinbart wurden
- 24.09.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-398/19 (Generalstaatsanwaltschaft Berlin (Auslieferung an die Ukraine)): Auslieferung von Unionsbürgern an Drittstaaten
- 24.09.2020 Urteil des Gerichtshofs in dem Eilvorabentscheidungsverfahren C-195/20 PPU (Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (Grundsatz der Spezialität)): Europäischer Haftbefehl
- 28.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-535/19 (A (Öffentliche Gesundheitsversorgung)): Anspruch auf öffentliche Gesundheitsversorgung in anderem EU-Land?
- 29.09.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Rechtssachen C-422/19 und C-432/19 (Hessischer Rundfunk): Recht auf Barzahlung des Rundfunkbeitrags?
- 01.10.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-485/18 (Groupe Lactalis): Verpflichtende Ursprungsangabe für Milch in Frankreich
- 01.10.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-649/18 (A): Online-Verkauf von Arzneimitteln

EuG

- 22.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-238/20 (Ryanair / Kommission): Staatliche Beihilfen im Zuge der Covid-19-Krise–Schweden
- 23.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-259/20 (Ryanair / Kommission): Staatliche Beihilfen im Zuge der Covid-19-Krise–Frankreich
- 29.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-447/18 und T-619/18 (TUifly / Kommission): Beihilfen für Ryanair und Tuifly am Flughafen Klagenfurt
- 29.09.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-448/18 (Ryanair u. a. / Kommission): Beihilfen für Ryanair und Tuifly am Flughafen Klagenfurt

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 02.10.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA